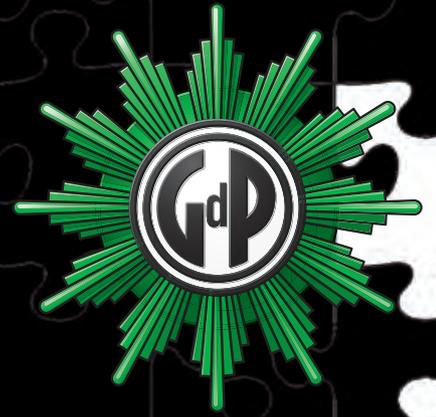


DEUTSCHE
POLIZEI

OKTOBER 2017 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



***Bundesweit Lücken
bei der Polizei***

Personalentwicklung bis 2021



Unser
Schutzpaket
für Polizei-
anwärter

Weil Sie immer alles geben,
geben wir auch immer **alles für Sie.**

Die SIGNAL IDUNA Gruppe bietet allen Beschäftigten der Polizei umfassenden und bedarfsgerechten Versicherungsschutz für die Zeit der Ausbildung und selbstverständlich auch danach. Durch den Spezialversicherer Polizeiversicherungs-Aktiengesellschaft (PVAG), ein Gemeinschaftsunternehmen der SIGNAL IDUNA und der Gewerkschaft der Polizei (GdP), verfügen wir über jahrzehntelange Erfahrung und kennen die Wünsche und den Bedarf der Polizistinnen und Polizisten besonders gut.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
polizei-info@pvag.de
www.pvag.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen



Foto: Zielasko

Neben vielen Bürgern interessierte sich auch Regierungssprecher Steffen Seibert für den DP-Sonderdruck zur Bundestagswahl am GdP-Stand in der Berliner Bundespressekonferenz.
Seite 12

GdP-FACHTAGUNG



Foto: Zielasko

Gewaltexplosion in Hamburg – Spannungsfeld Sicherheit, Staat und Grundwerte: „Wie reagieren wir darauf: Mit Verboten, mit mehr Technik, mit erweiterten Befugnissen?“, fragte Dietmar Schilff, im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand zuständig für polizeiliche Grundsatzangelegenheiten sowie Rechtspolitik, zu Beginn der Tagung.
Seite 21

INHALT **Oktober 2017**

2/39 FORUM

- 2 FRAUENGRUPPE BUND** Der verweigerter Handschlag und seine Konsequenzen
- 3** Ein schlechter Scherz?
- 4 TITEL/PERSONALENTWICKLUNG** Pensionswelle bei Polizei und Justiz bedroht innere Sicherheit

11/39 BÜCHER

- 12** **IM BÜRGERGESPRÄCH** Sonderdruck mit DP-Wahlinterviews findet in Bundespressekonferenz reißenden Absatz
- 18 GLEICHSTELLUNG** Verengter Blick
- 20 KNOCHENMARKSPENDE** Unser Kollege benötigt Eure Hilfe!
- FREIZEIT** Schreibworkshop von Polizei-Poeten und IPA Deutschland
- 21** **FACHTAGUNG** Spannungsfeld: Staat zwischen Sicherheitsinteressen und Grundwerten
- 25 GESCHICHTE** Deutschland und der Linksterrorismus: Gedanken anlässlich 40 Jahre „Deutscher Herbst“
- 35 ARBEITSSCHUTZ** Kohlenstoffmonoxid – die verkannte Gefahr
- 38 TARIF** Tarifbeschäftigte bei der Polizei – in Bayern
- BÜCHER**
- 40 IMPRESSUM**



Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow erläutert Anfang August in der Berliner Bundespressekonferenz anwesenden Medienvertretern gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Deutschen Richterbundes Jens Gnisa (l.) die Personalentwicklung von Justiz und Polizei in den nächsten vier Jahren – die Titelgeschichte dieser Ausgabe. Rechts im Bild Moderator Tim Szent-Iványi.
Foto: Zielasko



Zu: Lesermeinung der Kollegen Krüger und Pätzold, DP 9/17

Mit Bezug auf Wortmeldungen zum Kollegen Wörlein, DP 8/17 melde ich mich zu Wort: Ich hatte den Beitrag dieses Kollegen auch mit Verwunderung zur Kenntnis genommen und mich gefragt, ob dies eine ernst gemeinte Äußerung war. Freimaurer, Zeugen Jehovas und Kommunisten in einen Topf zu werfen und zu Staatsfeinden zu erklären, erinnerte mich doch sehr an braune Propaganda der 1930er-Jahre.

In meiner Eigenschaft als zugeordneter Distriktmeister NRW der Großloge der Alten und Freien angenommenen Maurer von Deutschland und Alt-Stuhlmeister einer Bielefelder Loge habe ich mich direkt mit dem Kollegen Wörlein in Verbindung gesetzt und um Aufklärung gebeten. Für den Fall, dass er es ernst gemeint hätte, bat ich ihn noch, sein Werk damit zu beginnen, gegen mich dann ein Ausschlussverfahren in Gang zu setzen.

Ich habe vom Kollegen Wörlein postwendend eine ausführliche Antwort bekommen. Natürlich hatte er sich einer „bewusst zynischen Übertreibung“ bedient und wollte damit auf Beschlüsse hinweisen, die gegebenenfalls später auch unbedenkliche, aber nicht dem herrschenden Zeitgeist entsprechende Strömungen in den Focus nehmen könnten.

Wenn ich mir den Unsinn mancher Verschwörungstheoretiker ansehe oder registrieren muss, dass Logenbrüder aktuell in der Türkei Angst vor Verfolgung haben und auch selbst die britische Regierung Freimaurer ins Visier genommen hatte, ist die Sorge durchaus nicht unbegründet. Oder man denke an die Agitation bestimmter katholischer Kreise ... Hätte man seine Zuschrift – und damit schließe ich mich ein – ruhig und frei von Emotionen und persönlicher Betroffenheit gelesen, hätte man diese Absicht auch erkennen können.

Der Kollege hatte mir seine Beweggründe mitgeteilt, bedauerte das Missverständnis und erklärte, er sei „bestürzt“ darüber, so missverstanden worden zu sein. Seine Äußerung war ehrlich und in gewisser Weise auch sehr bewegend. Eigentlich ist die Angelegenheit damit für mich abgeschlossen gewesen. Angesichts der sehr scharf formulierten Zuschriften der Kollegen Krüger und Pätzold in der DP 9/17 ist

es mir aber nunmehr eine Herzensangelegenheit, eine (auch, wenn es etwas antiquiert klingt) Ehrenerklärung für den Kollegen Wörlein abzugeben. Seine Überzeugung ist alles andere als rechtsradikal, sondern aufrichtig und passt zur Polizei und auch in die GdP.

Thorsten Ruppel, Bielefeld

Zu: Nachrichten (Verweigerter Handschlag), DP 9/17

Nach dem ersten Entsetzen über den Vorgang kann ich mich eigentlich nur den Worten des Kollegen Scharbach aus Rheinland-Pfalz anschließen, dass sich dieser „Kollege“ für seine Religion oder den Polizeidienst entscheiden sollte! Das, was sich dieser „Kollege“ beim Polizeipräsidium Koblenz da meinte, rausnehmen zu müssen, hätte meines Erachtens einen sofortigen Ausschluss aus der GdP nach sich ziehen müssen! Jede Gewerkschaft, nicht nur die GdP-Mitglieder, sind stolz darauf, dass es in den vergangenen Jahrzehnten gelungen ist, eine Gleichbehandlung von Mann und Frau zu erreichen – doch dieser „Kollege“ meint nun, die Steinzeit wieder einführen zu müssen. Ich muss mich in meinen Formulierungen wirklich beherrschen, weshalb ich sehr hoffe, dass es der Landes- und der Bundesfrauenvorsitzenden gelingen wird, ihren jeweiligen Vorständen zu verdeutlichen, dass solch ein Verhalten eines Mitgliedes untragbar ist. Richtig gespannt bin ich, wie die disziplinarrechtliche Prüfung ausgehen wird, über die hoffentlich berichtet wird (und wenn auch nur auf den internen GdP-Seiten im Internet).

Eva-Maria Nölke, Düsseldorf
(siehe nebenstehende Artikel)

Fortsetzung auf Seite 39

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:
GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4 • 10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de

Frauen gruppe



Gewerkschaft der Polizei

Der verweigerter Handschlag und seine Konsequenzen

Eine Polizeikollegin möchte ihrem muslimischen Polizeikollegen per Handschlag zu seiner Beförderung gratulieren, und dieser verweigert ihr Ansinnen aus religiösen Gründen. Der von großem Medieninteresse begleitete Vorfall in der Polizeidirektion Montabaur in Rheinland-Pfalz löst Irritationen aus und die Frage: Wie reagieren wir als Frauengruppe der Gewerkschaft der Polizei darauf?

Unbestritten ist, dass kulturelle Vielfalt in der Polizei sehr wertvoll und in heutiger Zeit nicht nur gewollt ist, sondern eine absolute Notwendigkeit dafür besteht. Dabei geht es nicht nur darum, die Sprache zu verstehen, sondern auch religiöse und kulturelle Hintergründe von Menschen zu kennen, die aus anderen Ländern zu uns kommen. Polizeiarbeit findet nahe am Menschen statt und oft in Ausnahmesituationen. Deshalb ist es wichtig zu wissen, wie Menschen aus anderen Ländern reagieren, welche Werte und Gebräuche ihnen wichtig sind.

Dabei gilt es aber auch zu beachten, dass ebenso unsere Werte und unser Kulturgut wichtig sind! Insbesondere die über Jahrzehnte mühsam erkämpfte Gleichberechtigung der Frau ist in diesem Zusammenhang nicht verhandelbar! Denn diese ist im Grundgesetz verankert und Grundlage das Zusammenlebens in Deutschland.

Deshalb fordern wir als Frauengruppe für die Polizei Seminare für interkulturelle Kompetenz sowohl für die Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund, wie auch für deutsche Kolleginnen und Kollegen.



Es muss für beide Seiten klar sein, auf welcher Grundlage der Polizeidienst und das Arbeiten bei der Polizei basiert.

Des Weiteren ist es zwingend erforderlich, dass Polizeiführungen bei Vorfällen wie dem verweigerten Handschlag, der Weigerung mit einer Frau auf Streife zu gehen oder Trainingseinheiten zu absolvieren, unverzüglich und mit allen Mitteln des Disziplinarrechts eingreifen und klar machen, dass diese Verhaltensweisen nicht geduldet werden! Es darf in der Polizei kein Misstrauen zwischen Kolleginnen und Kollegen geben, kein Zögern, füreinander einzustehen, und im Notfall müssen die Kolleginnen und Kollegen sich bedingungslos aufeinander verlassen können.

Als Frauengruppe ist es uns wichtig, dass die sehr gute und kollegiale Zusammenarbeit von Frauen und Männern in der Polizei weiterhin Bestand hat und nicht durch Einzelfälle wie in Montabaur gestört wird!

Dagmar Hölzl

GdP-Bundesfrauenvorsitzende

Ein schlechter Scherz?

Von Iris Schiffer, Hessen

Das ist doch ein schlechter Scherz, war mein erster Gedanke, als ich mal wieder am Abend mein soziales Netzwerk um die Neuigkeiten des Tages bemühte. Es ist Thema, überall! In der Tagespresse, in den Foren und auf der Homepage der Gewerkschaft der Polizei.

Da verweigert tatsächlich ein Kollege seiner Kollegin die Hand, die sich für ihn mittret, dass er die Beförderung empfangen hat. Eine Beförderung, die ihm zuteilwurde, weil er sich vermutlich zuvor mit einer überdurchschnittlichen Eignung, Leistung und Befähigung dafür qualifiziert hat. Die Unterschrift auf der Urkunde ist vermutlich noch gar nicht trocken, und es legt den Verdacht nahe, so qualifiziert ist er wohl doch nicht?! Was ist das für eine Haltung, einmal losgelöst von seiner Dienstführung, was bedeutet das

kollegial und sozial? Hat er sich denn nicht damit auseinandergesetzt, dass auch er sich neutral zu verhalten hat? Hat er vergessen, dass es auch für ihn ein Mäßigungsgebot gibt? Gleichbehandlung, Religion und Kollegialität sind die ersten Worte, die mir durch den Kopf schießen.

Ich bin Fachlehrerin für Dienstrecht im Nachbarbundesland Hessen und wir haben ein gemeinsames Gesetz, das Beamtenstatusgesetz. Also ziemlich eindeutig, dass auf der gegenüberliegenden Rheinseite keine anderen beamtenrechtlichen Vorschriften gelten können. Meiner Ansicht nach verletzt er diese mehr als eindeutig. Es gibt auch keinen Erklärungsansatz, der ihm dafür Raum gibt.

Wir stehen jeden Tag vor der Herausforderung, unterschiedliche Ansichten, Religionen und Weltanschauungen unter einen Hut zu bringen. Ich muss mich darauf verlassen können, dass die Kollegin oder der Kollege neben mir für uns und damit auch die freiheitlich demokratische Grundordnung einsteht. Da gibt es keine höchstpersönliche und religiöse Auslegung, die einem Schranken setzt. Schranken gibt uns nur das Grundgesetz auf. Darauf haben wir alle einen Eid geschworen, dass wir es akzeptieren und achten, ob mit oder ohne Gottes Hilfe. Auch das ist damals schon individuell gewesen. Gleichwohl auch, welchen Gott ich da um Unterstützung ansehe.

Wir lernen, dass wir uns bei unserer politischen Orientierung zu mäßigen haben. Gleichmaßen trifft uns diese Pflicht, sich im Hinblick auf unsere Weltanschauung oder Religion neutral zu verhalten.

Wir offenbaren im Zusammenhang mit unserer Dienstführung keine religiösen oder weltanschaulichen Bekundungen, die geeignet sein könnten, das Vertrauen in eine unparteiische und auch weltanschaulich sowie religiös neutrale Amtsführung zu erschüttern oder zu Konflikten mit Personen anderer religiöser oder weltanschaulicher Gesinnung führen könnten. Dies dient insbesondere der Konfliktvermeidung, den man zweifelsohne nicht mit dem Verweigern eines einfachen Händedrucks aufgrund einer persönlich empfundenen und religiösen Anschauung fördert.

Wir stehen dafür ein, dass der politische, religiöse oder weltanschauliche Frieden nicht gefährdet werden darf. Wenn wir das nach außen repräsentativ vertreten, dann soll und muss es auch im Innenverhältnis untereinander von Bedeutung sein. Es geht nicht darum, dass wir als Vertreterinnen und Vertreter einer Staatsgewalt im Sinne der gebotenen religiös-weltanschaulichen Neutralitätspflicht eine strikte Trennung von Staat und Kirche leben müssen, sondern die Glaubensfreiheit für alle Bekenntnisse gleichermaßen tolerieren. So sollten wir im täglichen Umgang mit unseren Mitmenschen, hierbei umfasst es auch Kolleginnen und Kollegen, diese allein wegen ihrer Weltanschauung oder Religion benachteiligen noch deswegen bevorzugen.

Man hört ja im Moment nicht mehr viel davon, aber disziplinare Maßnahmen sind zu erwarten, und das muss auch so sein, alles andere würde mich doch sehr wundern. Fraglich, ob es gleich eine Trennung in Form der Entlassung sein muss, aber andere Maßnahmen sind schon angezeigt. Wie passend erscheint einem die Aberkennung des Dienstranges – soll er doch die Urkunde gleich wieder zurückgeben. Diese Entscheidung wird allein beim Verwaltungsgericht liegen und auf dieses Urteil bin ich sehr gespannt.

Ich bin nicht nur Fachlehrerin, in mir schlägt auch das Herz einer gerechtigkeitsliebenden Funktionärin der Frauengruppe Hessen. Meine Güte, wie lange schon setzen wir uns alle, ob Mann oder Frau, für ein verfassungsgemäßes Frauenbild ein? Danke für die schnelle Pressemitteilung unserer Gewerkschaft der Polizei (GdP): „Wenn unser Kollege aus Koblenz auf einer anderen Behandlung von Menschen nur auf Grund ihres Geschlechtes beharren will, wird er sich entscheiden müssen. Die Trennung von Staat und Religion ist für uns nicht verhandelbar“, erklärte der rheinland-pfälzische GdP-Landesvorsitzende Ernst Scharbach.

Ich schließe meine Gedanken mit einem Zitat von Elisabeth Selbert, eine der Mütter des Grundgesetzes, ab: „Wir müssen nun dahin wirken, dass die Gleichberechtigung in der Praxis bis zur letzten Konsequenz durchgeführt wird.“ Sie vertrat Ideen, die ich bislang als selbstverständlich erachtete und nicht revolutionär.



Pensionswelle bei Polizei und Justiz bedroht innere Sicherheit

Malchow: Der Schutz vor Kriminalität ist das Sichern der Lebensqualität der Bürger

Schlagzeilen wie „Personalnotstand bei Justiz und Polizei“, „Justiz am Rande der Handlungsfähigkeit“, „Bei der Polizei herrscht Personalmangel“, „Dem Rechtsstaat geht das Personal aus“ bestimmten das mediale Bild nach dem gemeinsamen Auftritt des Deutschen Richterbundes (DRB) und der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Anfang August in der Berliner Bundespressekonferenz (BPK) am Ufer der Spree. Die in den Berichten häufiger gebrauchten Begriffe wie Notruf, Lücke, Mängel oder Alarm tauchten dort zurecht auf: Denn Justiz und Polizei zeichneten den zahlreich vertretenen Hauptstadtkorrespondenten ein düsteres Bild der Zukunft; über die Zeit, wenn die massive Pensionswelle über die schon seit Jahren geschwächte Judikative und Exekutive schwappt und zwei wichtige Fundamente der Sicherheitsarchitektur gefährlich unterspült werden könnten. Noch sei es zwar nicht zu spät, betonten der DRB-Vorsitzende Jens Gnisa und der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow (r.) auf dem Podium vor der blauen Wand, doch schon zu spät, um nur halbherzig den Rechtsstaat vor weiterer Erosion schützen zu wollen. Eine insgesamt „ziemlich wuchtige Botschaft“ von Gnisa und Malchow, wie ein Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen“ für sein Blatt schrieb.



Foto: Zielasko

Bereits im Vorfeld der offenbar mit Spannung erwarteten Botschaften beider Spitzenvertreter verlaute aus Kreisen der in Berlin innenpolitische Zusammenhänge verfolgenden Journalistinnen und Journalisten, „wenn Polizei und Richter schon zusammen vor die Presse gehen, dann steckt da was hinter“. So erklärte sich

dann einerseits die große Neugier der Redaktionen sowie deren forsche Versuche, schon vor dem eigentlichen Termin entscheidende Informationen zu erhaschen, andererseits die von Tim Szent-Iványi, BPK-Vorstandsmitglied und Leiter der Pressekonferenz, als „in letzter Zeit erstaunlich hoch“ bewertete Zahl der im Saal anwesenden Kolleginnen und Kollegen. Wobei

man dazu auch wissen sollte, dass die etwa 900 in der BPK akkreditierten Korrespondenten nicht notwendigerweise von ihrem Schreibtisch aufzustehen brauchen, um die im internen Livestream übertragenen Veranstaltungen zu verfolgen. Außerdem hatte der TV-Nachrichtensender N24 angesichts der Premieren-Pressekonferenz von DRB und GdP sogar Sendeplatz





Viele Journalisten bei der gemeinsamen Pressekonferenz von Deutschem Richterbund und GdP Anfang August in Berlin.

Foto: Zielasko

für etwa 20 Minuten Live-Übertragung freigeschlagen. Wer jedoch nicht im Saal der BPK sitzt, kann keine Fragen stellen, und Fragen wurden im Anschluss an die Statements von Gnisa und Malchow noch viele gestellt.

Stabilität des deutschen Rechtsstaates gefährdet

Es war ein Bild, dass regelmäßigen Besuchern der BPK kein größeres Stauen mehr abringt. Die Protagonisten wurden schon beim Aufstieg zum Saal über die im Foyer des Gebäudes präsente Treppe von Fotografen und Kameraleuten begleitet. Während die einen hinter der langen Bank ihren Platz einnahmen, sich vor dem Auftritt sammelten, wettstritten die anderen noch ein paar Minuten um interessante, lebendige Motive. So lange zumindest, bis die BPK mit den einleitenden Worten des Moderators begann. Die Chefs des Deutschen Richterbundes und der Gewerkschaft der Polizei ließen sich nicht lange bitten und kamen in kurzen dezidierten Statements schnell auf den Punkt. Sie betonten, dass die

auf Polizei und Justiz in den nächsten Jahren hereinbrechende Pensionswelle ihrer Auffassung nach die Stabilität des deutschen Rechtsstaates gefährde. Sie appellierten in Richtung der politischen Entscheider in Bund und Ländern, Polizei und Justiz unmittelbar und vorbehaltlos zu stärken. Sie warnten eindringlich vor einer weiteren Erosion der inneren Sicherheit.

Es knatscht ...

„Ein starker Rechtsstaat, der die Bürger effektiv vor Kriminalität schützen soll, braucht nicht nur deutlich mehr Polizisten, sondern mindestens 2.000 zusätzliche Richter und Staatsanwälte“, stellte Gnisa fest und erklärte den Journalistinnen und Journalisten, wenn die Justiz zum Flaschenhals werde, sei die Arbeit der Polizei vergeblich. Tatsächlich knatscht es längst an allen Ecken und Enden, wusste er zu berichten. Malchow ergänzte: „Die Einstellungszahlen müssen schon in 2017 und 2018 in die Höhe schnellen. Wenn noch zum Ende der nächsten Legislaturperiode 20.000 Kolleginnen

und Kollegen in die polizeilichen Einsatz gehen sollen, dann bleibt nicht mehr viel Zeit, das anzupacken.“

Kein Thema erst seit gestern

Seit vielen Jahren mahnt die GdP laut Malchow, die erheblichen Personallücken bei der Polizei vielerorts in Deutschland endlich ernst zu nehmen. „Jahrzehntelang stießen wir auf taube Ohren in der Politik. Wie brisant die Personallage ist, zeigte eindrucksvoll der G20-Gipfel in Hamburg“, sagte der Kriminaloberrat, der sich in der Hansestadt ein Bild der Einsatzlage gemacht hatte. Fest stehe doch, dass die innere Sicherheit in Deutschland nur gewährleistet werden könne, wenn die Kette Polizei-Staatsanwaltschaft-Gericht funktioniere. „Das heißt, nach den abgeschlossenen Ermittlungen meiner Kolleginnen und Kollegen wird der Vorgang der Staatsanwaltschaft übergeben, um bei Anklageerhebung anschließend vor Gericht zeitnah entschieden zu werden.“ Dafür werde es jetzt höchste Zeit. Innere Sicherheit sei für seine Organisation untrennbar



verbunden mit wirksamer Präventionsarbeit. Die könne jedoch nur funktionieren, wenn genügend Personalreserven zur Verfügung stünden. „Wir alle wollen mehr Sicherheit im Alltag. Viele wollen mehr sichtbare Polizei auf den Straßen. Der Schutz vor Kriminalität ist das Sichern der Lebensqualität der Bürger hierzulande und darf keine Frage des Geldbeutels sein“, sagte der GdP-Bundsvorsitzende.

Vorbeugende Personalpolitik nicht erst in zehn Jahren

Der DRB-Vorsitzende kündete derweil von schlechten Zeiten. „Die schon heute sehr angespannte Situation wird

nicht aktiv wird, droht der Rechtsstaat zu erodieren.“ Deutliche Warnsignale zeigten sich schon heute. Besonders alarmierend sei, dass die Gerichte zuletzt immer wieder Angeklagte aus der Untersuchungshaft haben entlassen müssen, weil „Strafverfahren unvertretbar lange“ gedauert hätten, so der Kassandrarufer Gnisas.

Zu viele Verfahren werden eingestellt

Genau dies Sorge auch bei der Polizei für durchaus getrübe Stimmung. „Meine Kolleginnen und Kollegen beklagen seit Jahren, dass die von ihnen ermittelten Tatverdächtigen viel

hier gestohlen wird, kommt die Polizei und nimmt die Personalien auf. Und der Ladendieb steckt sich draußen in Ruhe eine Zigarette an, weil er weiß: Mir passiert ja doch nichts“, spitzte der GdP-Chef gegenüber einen Journalisten der Deutschen Welle im Anschluss an die Pressekonferenz zu. Der zeitliche Zusammenhang zwischen Fehlverhalten und Strafe sei nicht mehr gegeben.

Keine Trendwende bei angespannter Personalsituation

Auch bei der Polizei ist dem GdP-Vorsitzenden zufolge mit Blick auf die sehr angespannte Personalsitu-



Die Kameralleute drängeln sich zu Beginn der Pressekonferenz.

Foto: Zielasko

sich in den kommenden 10 bis 15 Jahren noch verschärfen, denn auf die deutsche Justiz rollt eine gewaltige Pensionierungswelle zu.“ Rund 40 Prozent aller Juristen schieden bundesweit bis 2030 aus dem Dienst aus, die Justiz verliere etwa 10.000 Richter und Staatsanwälte.

Gleichzeitig drängten aber immer weniger Nachwuchsjuristen in die Justiz. Das sei aus seiner Sicht eine Rechnung, die natürlich nicht aufgehen könne. „Eine vorbeugende Personalpolitik muss jetzt, nicht erst in zehn Jahren beginnen. Wenn die Politik hier

zu lange auf die Strafe warten müssen.“ Und viele Verfahren würden eben auch eingestellt, die Arbeit der Polizei damit für die Katz, unterstrich Malchow, während der DRB-Vorsitzende zustimmend nickte. Mittlerweile stellten Staatsanwaltschaften, etwa weil der Täter nicht ermittelt werden konnte oder aus Gründen der Geringfügigkeit, tatsächlich Verfahren häufiger ein, als sie Anklagen oder Strafbefehle formulierten. „Dieser Trend ist problematisch.“ Malchow sieht darin die Gefahr, dass der „Frust im Dienst steigt“ – gerade bei wiederholt auffallenden Tatverdächtigen. „Wenn

ation in vielen Bundesländern und im Bund und trotz aller öffentlichen Beteuerungen von Politikern und Parlamentariern keine entscheidende Trendwende absehbar. Und das sei bei weitem kein Bauchgefühl oder gar aus der hohlen Hand gesprochen. Denn die GdP hatte sich auf den Weg gemacht, recherchiert und gesammelt. Was heraus kam, war beileibe kein Wunschergebnis: „Nach GdP-internen Berechnungen werden im Zeitraum von 2017 bis 2021 etwa 56.000 künftige Polizistinnen und Polizisten nach ihrer dreijährigen Ausbildung den polizeilichen Dienststellen zur Verfügung



stehen. Demgegenüber scheiden bis 2021 weit über 44.000 Kolleginnen und Kollegen aus dem Polizeidienst aus, die vor allem in den Ruhestand gehen“, stellte Malchow dar und fügte hinzu: „Jeder fünfte der rund 215.000 Vollzugsbeamtinnen und -beamten hierzulande“. Unterm Strich bliebe letztlich ein Plus von 12.000 Polizistinnen und Polizisten. „Das klingt ja erstmal ganz gut“, sagte der GdP-Chef in die Runde der Hauptstadtkorrespondenten. Die ernüchternde Nachricht laute jedoch, dass von diesen neuen Beamtinnen und Beamten nach einer Gegenrechnung mit den künftigen Pensionären gerade einmal 5.500 bei den 16 Bundesländern blieben, die Mehrzahl von 6.500 aber Bundespoli-

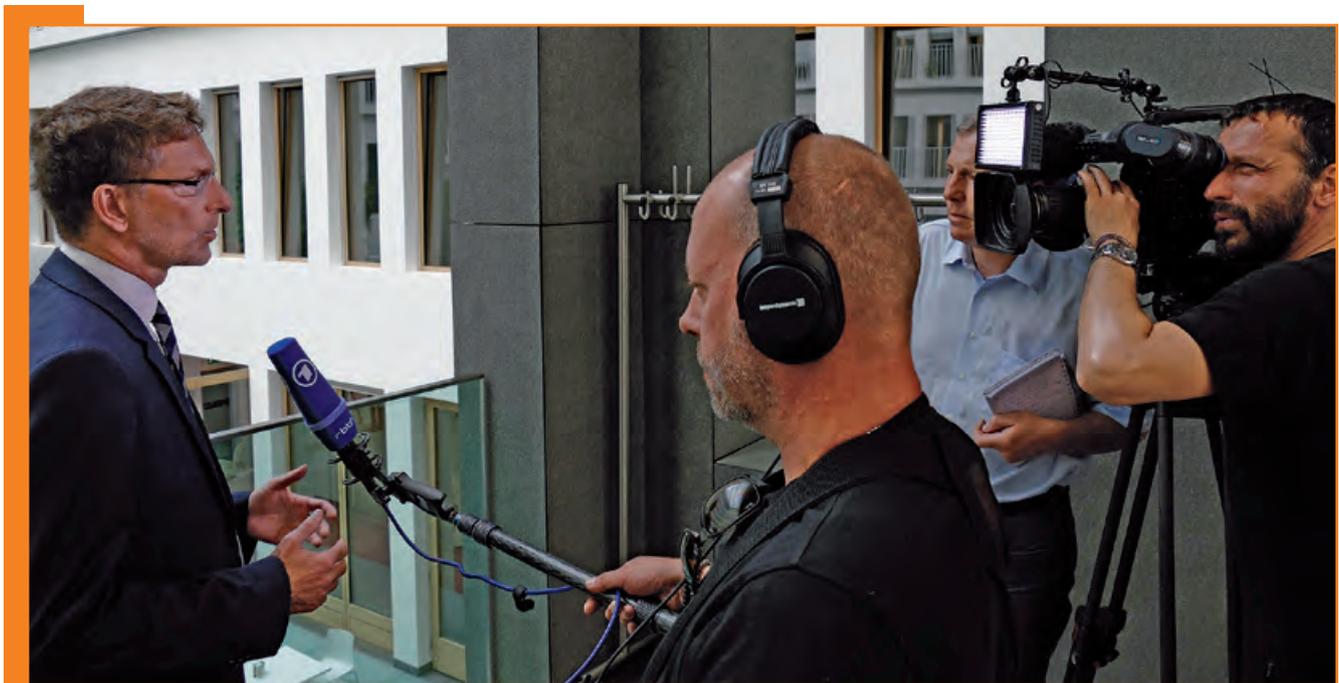
chen könne, wenn „beispielsweise bei Wohnungseinbrüchen Bürger oft erst Opfer der Diebe und dann noch einmal des Staates werden, der die Fälle mangels Personal nur verwalten und nicht aufklären kann“. Er verfüge über so manche Erfahrung, die er als Leiter einer Kriminalpolizeidienststelle in Schleswig-Holstein gemacht habe. Dort hätten beispielsweise häufiger Telefonüberwachungen im Drogenmilieu nicht stattfinden können, weil dies Mitarbeiter gebunden hätte, „über die man eben nicht verfügt“.

Sabotierte Verfahren

Sicherlich hätte der Richterbundvor-

man um 9 Uhr morgens mit einer Verhandlung wegen Mordes begonnen, um 14 Uhr fiel das rechtskräftige Urteil. So etwas gibt es heute kaum noch. Die Verfahren sind komplexer und oft auch internationaler geworden. Es sind neuartige Prozesse hinzugekommen, etwa Verfahren über Kriegsverbrechen im Kongo, obwohl es dort nicht um deutsche Staatsbürger geht.“

Und es gebe, auch wenn es die Ausnahme sei, Konfliktverteidiger, die das Verfahren sabotieren wollten. In Koblenz sei vor kurzem ein Prozess gewesen, bei dem die Verteidiger 1.000 Anträge gestellt hätten. Zudem müsse er feststellen, dass jedes neue Gesetz mit neuer Arbeit



GdP-Vorsitzender Oliver Malchow steht der ARD Rede und Antwort.

Foto: Zielasko

zei und Bundeskriminalamt verstärkte. Malchows Fazit: „Und das holt einen schnell wieder auf den Boden zurück.“

Zweimal Opfer werden

Es sei nahezu ausgeschlossen, dass die Polizei sich unter diesen personellen Voraussetzungen so um die Sicherheit und die Alltagskriminalität kümmern könne, wie dies von den Bürgern gewünscht werde, machte Malchow deutlich. Harsch formulierte er, dass man nicht mehr von einem handlungsfähigen Staat spre-

sitzende die Stimmung im Saal angesichts der trüben Perspektiven gerne verbessert. Das hätte ihm allerdings nur gelingen können, wenn er seine Erkenntnisse für sich behalten hätte, was er nicht tat. So erfuhren die Medien, dass ein Richter für Zivilsachen am Amtsgericht pro Jahr etwa 585 Fälle zu bearbeiten habe – im Landgericht etwa 180 Fälle –, die im Schnitt fast 5 Monate dauerten, vor dem Landgericht sogar 8. Ein Strafrichter habe circa 360 Fälle zu betreuen. Die Durchschnittsdauer dort betrage rund vier Monate. Ein paar Tage nach der Pressekonferenz zitierte die „Bild“-Zeitung Gnisa: „Früher hat

für die Justiz verbunden sei. Dies sei insofern problematisch, weil Politiker sich manchmal nicht anders zu helfen wüssten, als Entwicklungen mit neuen Gesetzen anstelle von Lösungsversuchen entgegenzutreten, sagte Gnisa. Und ja, auch der Frust der Polizei sei ihm natürlich weder verborgen geblieben noch fremd, denn die Staatsanwaltschaften hätten 2015 von knapp fünf Millionen erledigten Strafverfahren bereits rund ein Drittel mit oder ohne Auflagen eingestellt. „Zehn Jahre zuvor war das noch, na ja, nur etwa jedes vierte Verfahren gewesen“, führte Gnisa fort, der ein



Prognosen und GdP-Forderungen auf einen Blick

Die Prognose

- Zwischen 2017 bis 2021 gibt es in Bund und Ländern rund 74.000 Neueinstellungen.
- Davon zu Polizeibeamtinnen und -beamten ernannt werden rund 56.000 Beamtinnen und Beamten – Ersteinsatz nach dreijähriger Ausbildung.
- In diesem Zeitraum werden deutlich über 44.000 Kolleginnen und Kollegen pensioniert: quasi jeder Fünfte der rund 215.000 Vollzugsbeamtinnen und -beamten hierzulande.
- Das macht unter dem Strich ein Plus von 12.000 Polizistinnen und Polizisten. Davon bleiben bei den 16 Bundesländern 5.500, die Mehrzahl von 6.500 geht zur Bundespolizei.

Parteienvorschläge

15.000 neue Stellen bei der Polizei in Bund und Ländern wollen die SPD und die CDU: ein richtiger Weg, jedoch nicht ausreichend.

Eine zusätzliche Einstellung von 15.000 Polizistinnen und Polizisten bedeute gegenüber der GdP-Prognose für 2017 bis 2021:

- Es müsste 89.000 (+15.000) Neueinstellungen geben.
- circa 62.000 (+ 6.000) beginnen ihren Polizeidienst.
- Nach fünf Jahren (in diesem Rechenbeispiel) gäbe es insgesamt circa 17.500 Polizistinnen und Polizisten mehr.
- Verteilen sich die 15.000 Neueinstellungen gleichmäßig über den Zeitraum 2017 bis 2021 (jährlich + 3.000), dann wären bis 2021 nur gut 5.500 mehr Polizistinnen und Polizisten ‚sichtbar auf der Straße‘, als nach den gegenwärtigen Planungen in Bund und Ländern.

Die GdP-Forderungen:

20.000 Polizeivollzugsbeamten (PVB) plus bedeuten:

- mindestens 64.000 Polizistinnen und Polizisten müssten im Zeitraum 2017 bis 2021 ernannt werden. (Differenz Ernennung minus Abgänge = 20.000). Etwa 5.100 mehr als die Parteien fordern und 7.700 mehr als der Ist-Zustand.
 - Um die 20.000 Beamtinnen und Beamten bis zum Ende der Legislaturperiode auch tatsächlich auf der Straße zu haben, müssten die Einstellungszahlen im Vergleich zur GdP-Prognose bereits in 2017 und 2018 um circa 4.000 Personen jährlich angehoben werden.
- Zum mittelfristigen Etablieren der Personalstärke wären auch für die Jahre 2019 und folgende besondere Anstrengungen nötig: Nach vorsichtigen Schätzungen sollten die zusätzlichen Einstellungszahlen für den Zeitraum 2017 bis 2021 bei circa 20.000 liegen, also statt bei 74.000 bei 90.000 bis 94.000.

ziemlich düsteres Bild der Justiz und Polizei in künftigen Zeiten zeichnete.

Für die Bürger nur schwer vermittelbar seien die ärgerlichen Wirkungen zu langer Prozesse. Gnisa sagte: „Die Verfahrensdauer erstinstanzlicher Strafverfahren beim Landgericht zum Beispiel ist im Zehn-Jahres-Vergleich

von durchschnittlich 3,2 auf 4,3 Verhandlungstage gestiegen. Und Landgerichte müssen in fast jedem dritten Wirtschaftsstrafverfahren einen Strafrabatt geben, weil das Verfahren zu lange gedauert hat.“ Im Durchschnitt betrage der Rabatt auf die tat- und schuldangemessene Strafe wegen ei-

ner zu langen Verfahrensdauer 4,1 Monate, so die DRB-Bilanz.

Es müsse zudem nicht nur den Richterbund alarmieren, dass „die Justiz nach den Ergebnissen einer Umfrage bei den 16 Landesjustizministerien zuletzt immer wieder dringend Tatverdächtige auf freien Fuß setzen musste, weil Strafverfahren zu lange dauerten“. Mehr als 40 mutmaßliche Kriminelle pro Jahr sind Gnisa zufolge 2015 und 2016 wegen unvertretbar langer Verfahren aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Wo kein Richter, ...

Wie die GdP kann auch der Richterbund das fehlende Personal valide beziffern. Die Personallücken in der Justiz seien durch das bundeseinheitliche System zur Berechnung des Personalbedarfs Pebbßy (Personalbedarfsberechnung für den richterlichen, staatsanwaltlichen und Rechtspflegerdienst in der ordentlichen Gerichtsbarkeit) objektiv gut belegbar. Gnisa erklärte: „Nach den eigenen Erhebungen der Justizverwaltungen der Länder zur Arbeitsbelastung fehlen schon heute allein in der Zivil- und Strafgerichtsbarkeit, und ich weiß, ich wiederhole mich an dieser Stelle, rund 2.000 Richter und Staatsanwälte. Die zusätzlichen Aufgaben für die Strafjustiz durch eine künftig massiv aufgestockte Polizei sind dabei noch gar nicht berücksichtigt.“ Da müsse sich der Richterbund aber nicht zu sehr sorgen, flankierte GdP-Chef Malchow, denn eine massiv aufgestockte Polizei sei in den nächsten Jahren ja nicht erkennbar.

Doch selbst dieser vermeintliche Trost des GdP-Chefs vermochte es nicht, die karge Gegenwart aus Sicht des Richterbundes erquicklicher zu gestalten. Dessen Vorsitzender benannte die Lücken indes konkret. So fehlten allein in Nordrhein-Westfalen mehr als 500 Richter und Strafverfolger, darunter etwa 200 Staatsanwälte. Bayern habe 250 Richter und 270 Staatsanwälte zu wenig, in Baden-Württemberg liege das Saldo bei minus 75 Richtern und 115 Staatsanwälten. In Hessen fehlten 90 Staatsanwälte und 90 Richter. In Niedersachsen benötige die Justiz ein Plus von mehr als 250 Juristen, darunter etwa 100 Staatsanwälte und mehr als 150 Richter.



Gnisa bilanzierte: „In den meisten Bundesländern sind die Personalnöte bei den Staatsanwaltschaften am größten.“ Hinzu kämen gravierende Personalsorgen bei den Verwaltungsgerichten, die in den kommenden zwei bis drei Jahren eine Welle von Asylverfahren zu bewältigen hätten. Auch vor den Verwaltungsgerichten mache das Personalmanco keinen Halt, aktuell fehlten bundesweit einige hundert Richter.

Angespannte Situation selbst beim Generalbundesanwalt

„Selbst beim Generalbundesanwalt ist die Situation angespannter denn je. Die Abteilung Terrorismus braucht rund 15 weitere Staatsanwälte, um die schnell wachsende Verfahrenszahl halbwegs bewältigen zu können. Selbst wenn dem Generalbundesanwalt zusätzliche Stellen sehr rasch bewilligt werden, wovon auszugehen ist, kann er sie nicht zeitnah besetzen, weil es an Kandidaten mit hinreichender Erfahrung fehlt, die die Länder wegen ihrer eigenen Personalnöte zunehmend nicht mehr nach Karlsruhe ziehen lassen“, berichtete Gnisa.

Komplexe Rechnung

Der GdP-Bundesvorsitzende zauberte weitere Zahlen aus dem Zylinder. Das ist von Journalistinnen und Journalisten durchaus erwünscht, doch Malchow – wie entsprechende Nachfragen aus dem Forum zu beweisen schienen – hatte damit womöglich die Zahlen-Auffassungsgabe der Medienvertreterinnen und -vertreter einer durchaus harten Prüfung unterzogen. Nicht weit entfernt erschien angesichts der nunmehr detaillierter erläuterten GdP-Prognose zur Personalentwicklung bei der Polizei die eigentlich längst verdrängte, unangenehme Mathe-Textaufgabe aus der Schulzeit. Der dem Zahlenwerk inne wohnende und sprichwörtliche Ernst der Lage wurde jedoch trotz gewisser Komplexität selbst dem erklärtesten Zahlenphobiker schnell und nachdrücklich deutlich.

Vor allem die Länder müssten nachlegen

„Im Zeitraum von 2017 bis 2021

wird es nach heutigen Erkenntnissen bei der Polizei in Bund und Ländern insgesamt rund 74.000 Neueinstellungen geben. Eine ordentliche Größe, zumindest auf den ersten Blick. Nach unseren langjährigen Erfahrungen ist aber davon auszugehen, dass in diesem Zeitraum letztlich nur rund 56.000 Beamtinnen und Beamten ihren Dienst in einer Dienststelle als fertig ausgebildete Polizisten antreten werden. Beim Blick auf die nackten Zahlen entspricht das einem erheblichen Schwund, der dadurch bedingt ist, dass man eine Abbrecher- beziehungsweise Ausfallquote von bis zu zehn Prozent jährlich

Überstunden werden weiter mehr und die Belastungen werden weiter zunehmen“, zeigte der GdP-Chef auf.

Um die von der GdP seit längerem geforderten 20.000 Polizeivollzugsbeamten bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode tatsächlich auf der Straße zu bringen, müssten die Einstellungszahlen in 2017 und 2018 um eine Größenordnung von jährlich circa 4.000 Personen angehoben werden. Um diese Personalstärke mittelfristig halten zu können, seien auch für 2019 und folgende Jahre besondere Anstrengungen nötig. Malchow



DRB-Vorsitzender Jens Gnisa erklärt die Justiz-Misere.

Foto: Zielasko

berücksichtigen muss“, erklärte Malchow und holte noch einmal Luft.

Mit deutlich über 44.000 in Pension gehenden Kolleginnen und Kollegen hätte man, wie bereits erwähnt, 2021 ein Plus von 12.000 Polizistinnen und Polizisten. „Sie erinnern sich, den Löwenanteil dieser neuen Kolleginnen und Kollegen, also mehr als die Hälfte, bekommen Bundespolizei und Bundeskriminalamt. Die Länder gehen nicht gänzlich leer aus, aber zu einer bundesweit deutlich verbesserten Sicherheitslage durch spürbar mehr Kolleginnen und Kollegen auf der Straße kann das nicht führen. Und schon gar nicht sofort. Denn in den nächsten zwei, drei Jahren passiert aufgrund der Ausbildungszeit erst mal überhaupt nichts. Die schon jetzt 22 Millionen

fasste zusammen: „Nach vorsichtigen Schätzungen sollten die zusätzlichen Einstellungszahlen für den Zeitraum 2017 bis 2021 bei circa 20.000 liegen. Das heißt, zusätzlich zu den bereits angenommenen 74.000, im Ergebnis also grob kalkuliert: rund 90.000 bis 94.000.“

Intensiver Blick in die Wahlprogramme

Der GdP-Bundeschef kündigte an, die weitere Entwicklung der Reparatur der Personalproblematik bei der Polizei vor dem Hintergrund des Ergebnisses der Bundestagswahl mit großem Interesse weiter zu verfolgen. Beide Regierungsparteien hatten der erheblich verunsicherten Bevölkerung





Auch N24 interviewte den GdP-Vorsitzenden Oliver Malchow.

Foto: Zielasko

in ihren Wahlprogrammen jeweils die Einstellung von 15.000 Polizistinnen und Polizisten versprochen. Die Wahlkampfzeiten seien, so Malchow, jetzt vorbei und damit die Schulterklopferei der Parteien. Die Schulter sei ja auch ein Stückweit vom Handgelenk entfernt, da sitzt der Ärmel, den man schnellstens hochkrepeln müsse. „Diese, ich sage bewusst, staatstragende Rolle der Polizei ist in den Wahlkämpfen der vergangenen Jahre kaum thematisiert worden. Das hat uns gestört. Das haben wir den Parteien vorgeworfen. Es werde auch auf die Gewerkschaft der Polizei ankommen, dass Versprechen keine Luftnummer blieben. Dabei gehe es aber eben nicht nur um den Bund, der vor dem Hintergrund der Personalprognosen schon besser da stehe, sondern vor allem um deutliche Personalaufstockungen in den Ländern. „Die Bürgerinnen und Bürger werden in den nächsten vier Jahren sehr genau hinschauen, denn bei den notwendigen Weichenstellungen geht um ihre Sicherheit.“

Zu wenig qualifizierter Nachwuchs

Auch der Deutsche Richterbund werde sich nicht zurücklehnen, unterstrich Gnisa. „Viele Landesregierungen werden ohne einen Kurswechsel kaum in der Lage sein, die entstehenden Lücken in Gerichten

und Staatsanwaltschaften mit qualifiziertem Nachwuchs zu schließen, so eine aktuelle Studie des Deutschen Richterbundes. Demnach steige die Zahl der jährlichen Ruheständler stetig an und erreiche in zehn Jahren ihren Höhepunkt. 2027, 2028 und 2029 gingen in Deutschland jedes Jahr mehr als 1.000 Richter und Staatsanwälte in Pension. Rund 40 Prozent aller heute aktiven Juristen schieden bundesweit bis 2030 aus dem Dienst aus.

Besonders in Ostdeutschland stehe ein gewaltiger Umbruch bevor: In den fünf neuen Ländern gelte es in den kommenden 15 Jahren fast zwei Drittel aller Juristen zu ersetzen. Gleichzeitig sei die Zahl der Absolventen des Jurastudiums im 15-Jahres-Vergleich um etwa ein Viertel zurückgegangen. „Die Zahl der Abschlüsse im 2. Staatsexamen ist sogar um rund 30 Prozent eingebrochen. Das heißt, es drängen immer weniger Nachwuchsjuristen auf den Arbeitsmarkt – und der Staat ist mit seinen inzwischen bescheidenen Einstiegsgehältern für exzellente Nachwuchsjuristen immer seltener erste Wahl, zumal in der freien Wirtschaft deutlich höhere Gehälter bezahlt werden.“ So liege das Einstiegsgehalt in manchen Anwaltskanzleien bei 100.000 bis 120.000 Euro im Jahr, im öffentlichen Dienst hingegen nur bei höchstens 50.000 Euro. Schon heute blieben insbesondere in ländlich geprägten Gerichtsbezirken Stellen

unbesetzt, weil geeignete Bewerber fehlen – obwohl Einstellungsanforderungen bereits abgesenkt worden seien.

Ringens mit vermeintlich attraktiveren Arbeitgebern

Ähnlichen Problemen sehe sich die Polizei ausgesetzt, betonte Malchow. Die Polizei, so gab er unumwunden zu, müsse immer stärker mit den Arbeitgebern der freien Wirtschaft um die Gunst qualifizierter junger Menschen ringen. Die Bezahlung spiele natürlich eine gewichtige Rolle. Die gute Wirtschaftslage jedoch biete offenbar attraktivere Arbeitsplätze außerhalb des öffentlichen Dienstes. Erschwerend komme bei der Polizei hinzu, dass bedingt durch die föderale Zuständigkeit für die Beamtinnen und Beamten Einstiegsgehälter von Polizisten sowohl zwischen den Bundesländern als auch zwischen Bund und Ländern Unterschiede von bis zu 500 Euro aufwiesen. Außerdem sei die Schnittmenge potenzieller Bewerberinnen und Bewerber bei der Polizei kleiner als bei Industrieunternehmen oder Sparkassen. „Deren Azubi muss bei seiner Aufnahmeprüfung schon mal keine Klimmzüge machen“, so Malchow.

Vor dem Hintergrund der hohen physischen sowie psychischen Herausforderungen dieses Berufs, der für viele deutlich mehr ist als nur ein Job, nämlich eine echte und lebenslange Berufung, dürften jedoch keine Qualifikationshürden abgebaut werden. Damit würde die Polizei zwar womöglich eine größere Gruppe Interessierter erreichen. Abstriche bei der Qualität der Polizeiarbeit wollten jedoch weder Bürger noch die Polizei selbst.

Der GdP-Bundesvorsitzende verwies darauf, dass sich das Bild vom Polizeiberuf geändert habe. Einsätze seien immer häufiger von Gewalt geprägt und darüber werde auch breit berichtet. Die Frage eines Journalisten, ob sich diese Entwicklung an den Bewerbern widerspiegeln und womöglich ein Motiv sei, zur Polizei zu gehen, verneinte Malchow und betonte, dass nach wie vor überwiegend Menschen den Weg in die Polizei suchen, die helfen wollten. „Rambos“ jedenfalls wolle man dort nicht haben.

hol/mzo/wsd





Das neue Recht für behinderte Beschäftigte

Das Recht der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen und der in den Betrieben und Dienststellen gewählten Schwerbehindertenvertretungen ist kompliziert gestrickt. Die durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) bereits in Kraft getretenen und am 1. Januar 2018 anstehenden weiteren Änderungen machen die Sache nicht einfacher. Die beiden Autoren des an Arbeitgeber, Interessenvertretungen, Anwältinnen und Anwälte gerichteten Handbuchs „Das neue Recht für behin-

dertenvertretungen gelegt – geänderte Freistellungsregelung, bessere Möglichkeit zur Heranziehung und Schulung von stellvertretenden Mitgliedern, Neuregelung des Vertretungsfalls, Bürounterstützung, Schaffung eines Übergangsmandats bei Umstrukturierungen, Wahlverfahren in der Stufe, erweiterte Zielsetzung in Inklusionsvereinbarungen. Des Weiteren werden das Beteiligungsverfahren und die Unwirksamkeitsklausel für Arbeitgeberkündigungen ausführlich betrachtet.

Das Handbuch thematisiert die hervorgehobene Verantwortung der Rehabilitationsträger und Integrationsämter bei präventiven Leistungen zur Beschäftigungssicherung, erklärt die Änderungen beim Behindertenbegriff, im Feststellungsverfahren, für Werkstattbeschäftigte, im Tele- und Heimarbeitsrecht und für behinderte Soldatinnen und Soldaten. Überaus hilfreich für die Leserinnen und Leser sind eine übersichtliche Synopse zu den Neuerungen im SGB IX, ein Katalog über die Berichtigung der zahlreichen Redaktionsfehler bei der Abfassung des BTHG und ein umfangreiches Stichwortverzeichnis.

Dr. Michael Karpf,
Hauptschwerbehindertenvertretung der Polizei
Baden-Württemberg

Handbuch:
Das neue Recht für behinderte Beschäftigte – Inklusion am Arbeitsplatz – Bundesteilhabegesetz als Herausforderung für Vertretungen, Arbeitgeber und Anwaltschaft, Prof. Dr. Franz Josef Düwell, Christoph Beyer, Nomos Baden-Baden, 2017, 189 Seiten, Broschiert, 38 Euro, ISBN 978-3-8487-3602-7

derte Beschäftigte“ wissen das. Als ausgewiesenen Kennern der Materie ist es Professor Franz Josef Düwell (Vorsitzender Richter am Bundesarbeitsgericht a.D.) und Christoph Beyer (Leiter Integrationsamt beim Landschaftsverband Rheinland) in idealer Weise gelungen, die Neuerungen zur Inklusion am Arbeitsplatz verständlich zu erläutern und dabei den Blickwinkel der Anwender im Auge zu behalten.

Inhaltlich wird ein Schwerpunkt auf die Stärkung der Schwerbehin-



COP® SPECIALS
September / Oktober 2017

**Gültig vom 20.08. bis 31.10.2017

COP®

MIT SHOPS IN
BERLIN · LEIPZIG
MÜNCHEN · WIEN

1 Einsatzstiefel
MAGNUM® "Must 5.0 WP"
Art.-Nr: 87801327-Größe

Farbe: schwarz; Größen: EU 39 - 48
Schafthöhe Gr. 43: 15 cm
Obermaterial: wasserdichtes, atmungsaktives Obermaterial mit Einlagen aus Leder. Vibramsohle. Sehr leichter Einsatzstiefel/-schuh.



AKTIONSPREIS**
€ 69,90
statt 89,99*

2 CANNAE OPS
1-Sling-Rucksack
Art.-Nr: CANCPGBPOSB-5
Maße 40 x 26 x 15 cm (H x B x T)

Gewicht: 1,3 kg
Farben: schwarz
Material: Nylon
Ein kompaktes Raumwunder!



AKTIONSPREIS**
€ 85,90
statt 99,99*

3 SAFARILAND® 575 GLS
PRO-FIT 7TS Innenholster
Art.-Nr: SL575-283-411

Ein Holster mit universeller Passform für eine Vielzahl von Pistolen
Nicht passend für H&K P7/M8/M13, P7/PSP
Farbe: schwarz
Für Gürtelbreite bis 30 mm. Mit der patentierten GLS-Sicherung.



AKTIONSPREIS**
€ 59,90
statt 79,99*

4 HATCH®
"PPG2"
Einsatzhandschuh

Art.-Nr: 35PPG2-Größe
Größen: XS - 3XL; Farbe: schwarz
Material: 40% Synthetikleder, 25% Polyethylen, 25% Polyester 10% Polyamid



AKTIONSPREIS**
€ 69,90
statt 89,99*

EN 388
Abriebfestigkeit: Kategorie 2
Schnittfestigkeit: Kategorie 5
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4
2 3 4 3 Durchschneidfestigkeit: Kategorie 3

5 Einsatz- u. Zugriffshandschuh COP® DGF200TS
Art.-Nr: 32F200TS-Größe

Knöchelschutz erfolgreich nach EN13594:2002 getestet
Größen: XXS - 3XL
Außenmaterial: 100% Rindsleder
Innenmaterial: 100% Polyester



AKTIONSPREIS**
€ 29,90
statt 49,99**

6 Under Armour®
Tactical Tac Duty Glove Handschuh
Art.-Nr: UA12426205-Größe

schwarz; Größen: S - XL
Material: 100% Polyamid
Leichter Handschuh mit atmungsaktivem Material auf dem Handrücken und zusätzliche Polsterung über den Knöcheln.



AKTIONSPREIS**
€ 29,90
statt 49,99*

7 UV-Taschenleuchte
QuikLite LED Q-PROUW
Art.-Nr: QL-PRO-UW

Länge: 8 cm; Breite: 2,3 cm
Gewicht: 35 g
10 Lumen (weiße LED) und UV-Licht/Schwarzlicht.



AKTIONSPREIS**
€ 29,90
statt 49,99*

* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. ** ehemaliger Verkäuferpreis
** Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. August bis 31. Oktober 2017

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail support@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

Sonderdruck mit DP-Wahlinterviews findet in Bundespressekonferenz reißenden Absatz

Von Michael Zielasko

Zum 19. Mal hatte die Bundesregierung Ende August in Berlin zum „Staatsbesuch“ eingeladen. Vier Wochen vor der Bundestagswahl nutzten Zehntausende Bürger die Wochenend-Gelegenheit unter dem Motto „Lust auf ein Date mit der Demokratie?“, die Schaltstellen der politischen Macht hierzulande zu besuchen und hinter die Kulissen des Regierungsapparates im Bundeskanzleramt, in den Ministerien und des Bundespresseamtes zu blicken. Traditionell öffnet auch die in ihrer Art einzigartige Bundespressekonferenz (BPK) zum Tag der offenen Tür der Bundesregierung ihren aus TV-Nachrichtensendungen bekannten Presse-saal.

Im Foyer des im Regierungsviertel gelegenen BPK-Gebäudes stellte die Redaktion DEUTSCHE POLIZEI das Mitgliedermagazin der Gewerkschaft der Polizei (GdP) vor und führte Gespräche mit kritischen, besorgten sowie lobenden und oft Mut machenden Besucherinnen und Besuchern. Die vielen guten Wünsche an die Kolleginnen und Kollegen der Polizei richtet die DP-Redaktion an dieser Stelle gern aus.

Wo sonst Regierungspolitiker und deren Sprecher in nahezu täglicher Übung von den Hauptstadt-korrespondenten deutscher und internationaler Medien „gegrillt“ werden, konnten interessierte Bürger an zwei Tagen an insgesamt neun Pressekonferenzen mit prominenten Protagonisten des Berliner Politikbetriebes teilnehmen und frei von der Leber weg alle Fragen stellen. Was einerseits erlaubt und auch erwünscht sei, ermunterte der BPK-Vorsitzende Dr. Gregor Mayntz, Hauptstadt-korrespondent der „Rheinischen Post“, die Besucher. Der sonst übliche notwendige Ernst sowohl im Podium wie in den Stuhlreihen rückte vor allem bei den Politikern ein wenig in den Hintergrund, sodass die eine



Der leicht verkniffene Blick des Regierungssprechers Steffen Seibert war wohl eher dem engen Terminplan als dem DP-Sonderdruck geschuldet. Links im Bild GdP-Pressestelle-Mitarbeiterin Johanna Treuber.

Foto: Zielasko

oder andere für Schmunzeln bis Gelächter sorgende Äußerung für durchweg gute und gelassene Stimmung und oft auch für Beifall sorgte.

Ganz unbeobachtet von der Hauptstadt- und Bundesstadtpresse blieben die Bundespressekongresse jedoch nicht. Unter die vielen neugierigen Bürger mischten sich neben DP immer wieder Kolleginnen und Kollegen der ebenso im Foyer vertretenen Redaktionen von Deutschlandradio, der Deutschen Presseagentur (dpa), ARD, Phoenix, dem gemeinsamen Ereigniskanal von ARD und ZDF, und der „tageszeitung“ (taz).

„Jede BPK ist eine Nachricht wert“

Nach Angaben der 1949 von beim Deutschen Bundestag akkreditierten Journalisten als Verein gegründeten BPK sind übrigens knapp ein Drittel der mehr als 900 Parlamentskorrespondenten Frauen. Rund 500 Mitglieder arbeiten für Printmedien, 180 Fernsehjournalisten bilden die zweitgrößte Gruppe. Agenturkollegen liegen mit gut 80 Mitgliedern gleichauf mit Vertretern des Mediums Hörfunk. Im Verein sind ebenso 70 Online-Korrespondenten.

Gäste der BPK sind eigenen Angaben zufolge – üblicherweise – nicht nur Minister der Bundesregierung, sondern auch Vertreter der Opposition, Partei- oder Fraktionsvorsitzende,



Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries und BPK-Chef Gregor Mayntz erfuhren die magische Wirkung des GdP-Anti-Stress-Balls. Foto: Zielasko

Wissenschaftler, Sachverständige, Kirchenvertreter, Gewerkschafter oder Sozialverbände. Das entscheidende Kriterium für eine Einladung in den Saal mit der blauen Wand ist die Relevanz eines Themas, das ein bundesweites öffentliches Interesse abbilden muss: Dies galt auch für die Pressekonferenz des Deutschen Richterbundes und der Gewerkschaft der Polizei Anfang August (siehe Titelthema dieser DP-Ausgabe).

„Ich darf doch Brigitte sagen?“

Den Reigen der Polit-Pressekonferenzen eröffnete dieses Jahr Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD). Sie brach zunächst eine Lanze für den Dieselmotor. „Wir sollten den Diesel nicht schlecht reden, das ist ein guter Motor“, antwortete sie einem Bürger, der zuvor die Ministerin noch um einen kleinen Gefallen bat: „Ich darf doch Brigitte sagen?“

Kanzleramtsminister Peter Altmaier zeigte sich von den Automanagern enttäuscht. „Das ist eine verdammt vertrackte Affäre“, sagte der CDU-Politiker und betonte angesichts drohender Fahrverbote, dass die Kunden doch jetzt nicht bestraft werden dürften.

Arial, Schriftgröße 12

Für Erheiterung sorgte Altmaiers Geständnis, dass er zunächst Gärtner hätte werden wollen, wenig später gar Papst. Eindruck hinterließ auch sein Arbeitspensum. Das CDU-Wahlprogramm habe er in Nachtschichten selbst getippt: „Übrigens in Arial, Schriftgröße 12“. Und außerdem nicht als Minister, sondern als CDU-Politiker. „Die Trennung der Ämter



Foto-Beweis vom Besuch der Bundespressekongress.

Foto: Zielasko



IM BÜRGERGESPRÄCH



**Besucherrekord am Tag der offenen Tür
in der Bundespressekonferenz.
Fotos (3): Zielasko**



**Teils bildeten sich lange Schlangen
vor dem Ausgang in den BPK-Saal.**



**Auch der GdP-Stand wurde
stark frequentiert.**





Roland Jahn, Leiter der Stasiunterlagenbehörde, erläuterte seine und die Aufgabe seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
Foto: Zielasko

nehme ich super ernst“, versicherte er und verriet seine Patentlösung für Interviews, in denen er als Minister und CDU-Politiker befragt werde. „Da kann ich mit dem Journalisten weder

ins Konrad-Adenauer-Haus noch ins Bundeskanzleramt gehen, also habe ich mich für ein Restaurant entschieden.“

15.000 Säcke

Ebenso aufmerksame Zuhörer fand Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU). Sein Amt habe bereits zwei Millionen Anfragen auf Akteneinsicht bearbeitet, sagte Jahn, der im März 2011 auf seine Vorgängerin Marianne Birthler folgte. Nach der friedlichen Revolution in der DDR seien 15.000 Säcke mit zerrissenen Stasi-Akten aufgefunden worden. „Wir haben es bis jetzt geschafft, 500 Säcke aufzuarbeiten“, sagte Jahn. Momentan werde an einer neuen Scanner-Technik gefeilt, um den Prozess zu beschleunigen. Der Chef, der noch immer unter der geläufigen Kurzbezeichnung „Gauck-Behörde“ bekannten Einrichtung, plädierte für eine Vermittlung der DDR-Unrechtsgeschichte ohne pädagogischen Zeigefinger. „Die Beschäftigung mit Geschichte ist eine Chance“, betonte er.

Autogramme

Wie in den Jahren zuvor entpuppte sich die Pressekonferenz mit Regierungssprecher Steffen Seibert sowie den Sprecherinnen und Sprechern der Ministerien als starker Publikumsmagnet. Seibert, der zuvor bei einer Stippvisite am DP-Stand den Sonderdruck mit den DP-Interviews zur Bundestagswahl inspizierte, erfüllte im Saal der BPK gar Autogramm Wünsche, bevor der Diesel, Air Berlin, die Türkei und Donald Trump erörtert wurden.

Dunst

Die Dieseldiskussion lief auch bei Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks weiter hochtourig. Die SPD-Politikerin positionierte sich ebenso wie ihre Kabinettskollegin Zypries, Kanzleramtschef Altmaier und Regierungssprecher Seibert klar gegen Fahrverbote. Sie sei bei weitem keine Feindin der Automobile oder des Autofahrens, sagte sie, verwies jedoch darauf, dass am Ende die Gerichte darüber entscheiden könnten.

Anzeige



PMRExpO

2017

PROFESSIONELLER MOBILFUNK
UND LEITSTELLEN

28. bis 30. Nov. 2017, Koelnmesse

- Fachmesse • PMR-Konferenz
- Leitstellenkongress • Fachforen
- Fachtagung PMR für die Energiewirtschaft
- PMRExpO Career

www.pmrexpo.de

Sie finden uns auch online:    

Weitere Informationen
senden wir Ihnen gerne zu.
Ihre Ansprechpartnerin:
Nicole Gotta
Tel. +49 (0) 30 28 44 94-213
pmrexpo@dew-online.de

Eine Veranstaltung von





IM BÜRGERGESPRÄCH

Sahra Wagenknecht, Vorsitzende der Bundestagsfraktion DIE LINKE, blieb vom Dunst des Dieselskandals dagegen weitgehend verschont und beantwortete vor allem Fragen zum Mindestlohn und den steuerlichen Umgang mit Superreichen.

Lücke genutzt

Bundesaußenminister Sigmar Gabriel hatte sich kurzfristig entschlossen, eine Lücke des BPK-Programms zu nutzen, um sich den Fragen der an beiden Tagen in langer Schlange vor der Treppe zum BPK-Saal wartenden Bürger zu stellen. Wenig überraschend stand das gespannte Verhältnis zur Türkei im Mittelpunkt des Geschehens.

Der ehemalige SPD-Vorsitzende warnte jedoch davor, „bei den Sank-



LINKE-Spitzenkandidatin Sarah Wagenknecht besorgte sich auch noch einen der nachgefragten DP-Sonderdrucke.



Dr. Hendricks

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks wollte von Dieselfahr-
verboten nichts wissen.



Noch ein schneller Blick
auf neueste Nachrichten.



Bundesinnenminister Thomas de
Maizière überzog etwas aufgrund
der vielen Fragen, unter anderem
zur automatisierten Gesichtser-
kennung.

tionen gegen die Türkei den Bogen zu überspannen". Er halte es zudem für falsch, beispielsweise die EU-Beitrittsverhandlungen abzubrechen. „Darauf wartet der türkische Staatspräsident doch nur“, sagte Gabriel. „Und zwar weil Erdogan dann sagen kann: Guckt mal, so sind die, die wollen uns nicht.“ Ein bisschen geschmunzelt werden konnte jedoch trotz des ernsten Themas.

So parierte Gabriel die Frage, ob er die Türkei als Demokratie oder Autokratie sehe mit der Feststellung: „Wenn Deutschland seine diplomatischen Beziehungen zu den Ländern abbrechen würde, die keine Demokratie sind, würden wir im Auswärtigen Amt viel Geld

Fotos (4): Zielasko





Bundesaußenminister Sigmar Gabriel beantwortete viele Fragen zum Verhältnis Deutschlands zur Türkei. Foto: Zielasko

sparen. Wir hätten aber auch keinen Einfluss mehr.“

Kein Wahlkampf

Last but not least zeigte sich Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière (CDU) als geduldiger Zuhörer und Gesprächspartner in Sachen Innere Sicherheit. Und übrigens auch Sport,

wie seine ausführliche Antwort auf die Frage nach den Bedingungen von Spitzenathleten im Polizeidienst bewies. Auskunft gab er zudem über den aktuellen Testbetrieb der automatisierten Gesichtserkennung an einem Berliner Bahnhof, die Abschaltung einer links-extremistischen Internetplattform sowie zu einer potenziellen Wahlbeeinflussung durch ausländische Nachrichtendienste oder gar Regierungen. Wahl-

beeinflussung käme ihm, zumindest anlässlich dieses speziellen Termins nicht in den Sinn. „Also, wir sind hier ja an einem Tag der offenen Tür. Da ist es nicht meine Aufgabe, hier für meine Partei Wahlkampf zu machen.“

Das DP-Team indes erörterte mit den Standbesuchern zumeist den Ablauf und die Folgen des G20-Gipfels in Hamburg, die Personalknappheit bei der Polizei, die Probleme, geeigneten Nachwuchs zu gewinnen und die Gewalt im Fußball.

Der von DEUTSCHE POLIZEI für den BPK-Auftritt eigens veröffentlichte Sonderdruck mit den DP-Interviews der Spitzenkandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien stieß sicherlich auch angesichts der nahenden Wahlentscheidung und des zunehmenden Stellenwerts des Wahlkampfthemas Innere Sicherheit auf reges Interesse. Daneben erfreuten sich die Besucher an den verteilten Werbemitteln, unter denen, wie im Jahr zuvor, die Einsatz-Ente, der Anti-Stress-Ball sowie Verkehrsmalbücher und Ranzen-Reflektoren reißenden Absatz fanden.

Anzeige



CARS Technik & Logistik GmbH - Ein Unternehmen der Daimler AG

Die CARS Technik & Logistik GmbH ist ein am Markt erfolgreich etablierter Hersteller von Sonderfahrzeugen. Im Segment der Einsatzfahrzeuge von Behörden, Ämtern und Organisationen zählen wir mit unserem Kompetenzzentrum zu den führenden Aufbauproduzenten in Europa. Wir haben uns auf den integrierten Um- und Ausbau von Einsatzwagen und Rettungsfahrzeugen für beispielsweise die Polizei, den Zoll, die Feuerwehr und anderen öffentlichen und privatwirtschaftlichen Bedarfsträgern spezialisiert. Mit einem eigenen Engineering-Team projektieren wir in unserer CAD-gestützten Entwicklungsabteilung individuelle Fahrzeug-Komplettlösungen. Kundenindividuelle Anforderungen werden dabei in die Neufahrzeug-Systemwelt von PKW und Transportern der Marken Mercedes-Benz und smart vollumfänglich integriert. Der Fahrzeugbau erfolgt in der CARS-eigenen Produktion am Standort Wiedemar. Auf die Komplettfahrzeuge inkl.

der Sonderlösungen erhalten unsere Kunden eine Werksgarantie, ausgeliefert wird auf Kundenwunsch termingerecht mit unserer eigenen Spedition in die Fuhrparks vor Ort. Unser Garantiemanagement, das durchdachte Logistiksystem für die permanente und kurzfristige Ersatzteile-Versorgung sowie ein industrieller Fahrzeugrücknahmeprozess mit fach- und umweltgerechter Fahrzeug-Rückrüstung runden unser Leistungsspektrum ab. Die CARS Technik und Logistik GmbH ist nach DIN ISO 9001 zertifiziert und führt das EMAS-Zertifikat für ein geprüftes Umweltmanagementsystem.

Kontaktieren Sie uns unter:
www.cars-gmbh.de oder
npm-info_cars@daimler.com

Mercedes-Benz

Das Beste oder nichts.



Verengter Blick

Von Thomas Gesterkamp

Der Zweite Gleichstellungsbericht der Bundesregierung fordert die Aufwertung der privaten Sorgearbeit. Thematisiert werden erstmals auch männliche Anliegen, allerdings bleiben wichtige Politikfelder wie das Thema Gesundheit weitgehend ausgespart.

„Gap“ ist das englische Wort für „Kluft“ oder „Lücke“ und einer der Lieblingsbegriffe jener hochkarätig besetzten Kommission aus Wissenschaft und Politikberatung, die in den vergangenen Jahren interdisziplinär Material zum Geschlechterverhältnis gesammelt hat. Ein rund 200 Seiten starker Bericht, der unter dem Titel „Erwerbs- und Sorgearbeit gemeinsam neu gestalten“ als Broschüre erhältlich und im Netz abrufbar ist, dokumentiert den Stand der Gleichstellung von Männern und Frauen anno 2017. Er knüpft an ein vor sechs Jahren veröffentlichtes Gutachten an, das Ursula von der Leyen als Familienministerin 2008 in Auftrag gegeben hatte. Allerdings wurde es nach der Fertigstellung von ihrer Nachfolgerin verschmäht. Weil sich die Erkenntnisse und Empfehlungen allzu sehr mit den Forderungen der rot-rot-grünen Opposition deckten, ließ sich Kristina Schröder (CDU) bei der Präsentation von ihrem Staatssekretär vertreten.

Kluft zwischen den Geschlechtern

Den Zweiten Gleichstellungsbericht verabschiedete das Bundeskabinett noch auf den letzten Drücker vor der

Anzeige

Vom Leben nach dem Tod

in den jenseitigen Sphären erzählt der Prophet Jakob Lorber!
Wunderbare Führungen der menschlichen Seelen erschließen sich uns durch sein Werk, das er durch göttliche Offenbarung empfangen hat. Sie können gerne ein kostenl. Buch unverbindlich anfordern bei Helmut Betsch, Bleiche 22/66, 74343 Sachsenheim

Wahl im Herbst. Vorgestellt hat ihn die neue Familienministerin Katarina Barley (SPD), deren Vorgängerin Manuela Schwesig als Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern nach Schwerin wechselte. Die Personalrochade klappte diesmal reibungslos: Denn die Schließung jener Lücken, die die Sachverständigen pointiert kritisieren, ist beiden Politikerinnen ein wichtiges Anliegen.

Vom Gender Pay Gap ist in dem Gutachten die Rede, ebenso anglizistisch vom Gender Lifetime Earnings Gap, vom Gender Pension Gap oder vom Gender Time Gap. Zu Deutsch: Überall tut sich ein Gefälle, eine Kluft zwischen den Geschlechtern auf – zu Lasten der Frauen. Sie verdienen im Durchschnitt 21 Prozent weniger (im öffentlichen Dienst beträgt der Unterschied übrigens nur sechs Prozent). Ihr Gesamteinkommen im Lebensverlauf ist sogar 49 Prozent niedriger, sie haben um 53 Prozent geringere eigene Rentenansprüche. Und ihre bezahlte Wochenarbeitszeit ist 8,2 Stunden kürzer, ebenfalls eine Lücke von 21 Prozent.

Erwerbsarbeit und unbezahlte Sorge

Den zuletzt erwähnten Gender Time Gap könnte man vorschnell nicht nur als Nachteil, sondern auch als zeitsouveränes Privileg interpretieren – wäre da nicht die unbezahlte private Sorgearbeit, die die neue Expertise

besonders ausführlich herausstellt. Der Gender Care Gap beträgt 52 Prozent, bei Paaren mit Kindern sogar 83,3 Prozent. In diesem Bereich gibt es also die größte Ungleichheit zwischen den Geschlechtern: Frauen leisten erheblich mehr als Männer im Haushalt, bei der Erziehung von Kindern und bei der Pflege älterer Angehöriger.

Das Gutachten zum Zweiten Gleich-



Mehr Männer als Frauen sind obdachlos.

Foto: Christoph Hardt/Geisler-Fotopress/dpa

stellungsbericht legt wie sein Vorgänger aus dem Jahr 2011 den Schwerpunkt auf den (Erwerbs)-Arbeitsmarkt, auf die daraus abgeleiteten sozialpolitischen Ansprüche sowie auf das Steuer-, Ehe- und Familienrecht. Diese „konturierte“ Betrachtungsweise der Kommission hat Stärken, weil die fortbestehenden Benachteiligungen von Frauen in zentralen Bereichen herausgearbeitet werden. Die Schwäche liegt darin, dass andere Politikfelder kaum vorkommen. Ausgerechnet dort aber sind die Gaps, die Differenzen zwischen den Geschlechtern, längst nicht so eindeutig. Teilweise liegen die Schattenseiten sogar auf der anderen Seite, bei den Männern.

Hitparade der Benachteiligung

Deshalb hier ein paar Wortkreationen, die nicht aus dem Bericht stammen, aber eigentlich hinein gehören würden. Etwa der Gender Life Expectation Gap: Männer haben in Deutschland eine über fünf Jahre kürzere Lebenserwartung als Frauen. In der Nachkriegszeit lag diese Differenz sogar bei acht Jahren, in Teilen Osteuropas beträgt das Gefälle nach wie vor bis zu 15 Jahre. Die Klosterstudie



des österreichischen Demografen Marc Luy, der die vergleichbaren Biografien von Nonnen und Mönchen untersucht hat, ergibt einen biologisch bedingten Geschlechterunterschied von nur einem Jahr. Alles andere also ist soziale Konstruktion, hat mit der Art zu tun, wie Männer leben, arbeiten, mit ihrem Körper umgehen. Sie gehen seltener zum Arzt, vermeiden Vorsorgeuntersuchungen; sie haben körperlich ruinöse Jobs in der (Schwer) Industrie und auch in prekären Dienstleistungen; sie ernähren sich ungesünder, rauchen und trinken mehr. Männer weinen heimlich, Männer kriegen 'nen Herzinfarkt, hieß das knapp zusammengefasst im Gesang des Ruhrgebietspoeten Herbert Grönemeyer.

Die gravierenden Folgen der Devise „Indianer kennen keinen Schmerz“ sind spannend – und sollten einen gewichtigen Stellenwert haben in einem Gleichstellungsbericht, der die „Lebensverlaufsperspektive“ zum zentralen Konzept erklärt. Das jetzt vorgelegte Gutachten aber prägt ein verengter Blick, das Thema Männergesundheit taucht so gut wie nicht auf. Die Liste der entstehenden Lücken ließe sich daher ergänzen: etwa um den Gender Suicide Gap, der mehr als dreimal höheren männlichen Selbstmordrate. Oder um den Gender Homeless Gap: Erheblich mehr Männer als Frauen leben auf der Straße. Das sind wichtige Themen, mit denen gerade Polizistinnen und Polizisten alltäglich bei Einsätzen konfrontiert sind. Eine geschlechterdialogisch orientierte Politik sollte dennoch vermeiden, in eine unproduktive Hitparade der Benachteiligung einzusteigen.

Männer weinen nicht

Der britische Autor Jack Urwin zeigt in seinem lesenswerten, gerade auf Deutsch erschienenen Buch „Boys don't cry“, wie man auf die negativen Folgen männlichen Rollenverhaltens hinweisen kann, ohne die Schuld dafür bei den Frauen zu suchen. Für sein „brillantes, persönliches, nicht einmal sexistisches“ Werk lobte ihn die Londoner Feministin Laurie Penny. Doch weil diese Männeraspekte in den meisten gleichstellungspolitischen Kontexten nur selten debattiert werden, ist ein Vakuum entstanden, das Mas-

kulinisten polemisch füllen. Antifeministische Männerrechtler, die sich vor allem im Internet zu Wort melden, inszenieren sich als Opfer und Benachteiligte in nahezu jeder Lebenslage. Verschwörungstheoretisch wännen sie sich in einem von der „Gender-Ideologie“ geprägten „Umerziehungsstaat“; programmatisch (und teilweise auch schon parlamentarisch) unterstützt werden sie von der rechtspopulistischen AfD.

Das Gutachten im Auftrag der Bundesregierung bemüht sich, das Geschlechterverhältnis umfassend zu beleuchten. Als „roten Faden“ nennt die Kommission, das „Erwerb- und Sorge-Modell für Frauen und Männer in ihrer Vielfalt zu ermöglichen“. In diesem Verständnis sei Gleichstellungspolitik „auch für viele Männer wichtig und die enthaltenen Handlungsempfehlungen haben positive Auswirkungen auf ihre Lebensrealitäten“. Die Sachverständigen fordern explizit, dass „Strukturen er-

kannt und beseitigt werden, die Männer aufgrund des Geschlechts an der Verwirklichung ihrer Lebensentwürfe hindern“. Sie erwähnen zum Beispiel die überlangen männlichen Arbeitszeiten im Beruf, das wachsende Engagement von Männern als Väter und bei der Pflege von Familienangehörigen sowie die besonderen Schwierigkeiten der überwiegend männlichen Geflüchteten. Das diese Aspekte im Zweiten Gleichstellungsbericht zumindest auftauchen, ist ein Fortschritt gegenüber der ersten Expertise – und ganz im Sinne einer emanzipatorischen Geschlechterpolitik, die Männer nicht nur gönnerinnenhaft als Unterstützer „einbezieht“, sondern als eigenständige Akteure anerkennt.

Zum Weiterlesen:
Das vollständige Gutachten der Sachverständigenkommission steht online unter www.gleichstellungsbericht.de



Anzeige

**ICH WILL
DABEI SEIN,
WENN MEIN
TAG NICHT
MEHR SCHWARZ-
WEISS, SONDERN
WIEDER BUNT IST.**

MIT DIESEM WUNSCH SIND SIE BEI ASKLEPIOS GUT AUFGEHOHEN. Auf unserer privta Komfortstation im Asklepios Fachklinikum Tiefenbrunn behandeln wir psychische und psychosomatische Erkrankungen auf hohem Niveau und bieten Ihnen eine umfassende Versorgung und Begleitung an. Denn unser größtes Anliegen ist es, dass Sie nicht nur gesund werden, sondern auch gesund bleiben.

Anmeldung und Aufnahme über
Tel.: 0551 5005-248 oder per E-Mail unter
privatklinikum.tiefenbrunn@asklepios.com

 **ASKLEPIOS**

Mehr erfahren unter www.asklepios.com/tiefenbrunn

Fachklinikum Tiefenbrunn



Unser Kollege benötigt Eure Hilfe!

Am 11. August ereilte unseren Kollegen und Freund Dieter Weisenborn vom Kriminalbezirksdienst der Polizeiinspektion Bad Dürkheim die Diagnose Leukämie. Dieter ist 59 Jahre, verheiratet, Vater zweier Töchter. Seit diesem Tag kämpfen er und seine Familie gegen diese oft tödliche Krankheit.

In Deutschland erkranken jedes Jahr mehr als 11.000 Menschen an einer Form von Leukämie. Häufig besteht die letzte Chance einer Besserung oder Heilung in einer Stammzellenspende. Und genau hier sind wir alle gefragt! Die Chance, einen geeigneten Spender für eine an Leukämie erkrankte Person zu finden, ist leider relativ gering. Auf Grund dessen werden so viele Menschen wie möglich in der Spenderkartei benötigt. Je mehr sich typisieren lassen, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass ein passender Spender gefunden wird.

Im Namen der Familie bitte ich Euch, lasst Euch typisieren! Unter www.dkms.de kann man sich kostenfrei und bundesweit zwei Wattestäbchen (analog unserer DNA-Proben-Sets) zu-



Dieter Weisenborn

Foto: privat

senden lassen. Nach einem selbstständigen zweifachen Abrieb der Mundschleimhaut und dem Ausfüllen der

beiliegenden Einverständniserklärung wird das Material durch die Stiftung analysiert und bei Eignung erfolgt ein Eintrag in die bundesweit gültige Spenderkartei in Ulm. Auf der benannten Seite kann man sich ebenfalls über den möglichen Ablauf einer Stammzellenspende informieren.

Es ist auch möglich, etwaige Typisierungsaktionen in der eigenen Umgebung zu besuchen oder zu unterstützen. Hier werden meist 8 bis 10 Milliliter Blut durch Fachpersonal entnommen und analysiert. Bei einer Typisierung mittels Blut überspringt man den ersten Schritt mit dem Schleimhautabrieb.

Falls Ihr schon typisiert seid, wäre es schön, wenn ihr die Werbetrommel für diese Aktion rühren könntet. Macht in Euren Familien und im Freundeskreis auf die Sache aufmerksam. Wir möchten so viele Menschen wie möglich erreichen!
Markus Jakob

Informationen zur Spenderdatei: **5 Schritte zum Lebensretter (Stefan-Morsch-Stiftung)**



FREIZEIT

Schreibworkshop von Polizei-Poeten und IPA Deutschland

Wann?

Von Freitag, 10. November, 17 Uhr, bis Sonntag, 12. November 2017, 13 Uhr

Wo?

IBZ Schloss Gimborn, Schlossstraße 10, 51709 Marienheide

Was?

Der Workshop: Schriftsteller, Drehbuchautor und Journalist Peter Reichard wird im Seminar über seine Arbeit berichten und zeigen, wie unsere Texte nicht beamtenhaft nüchtern bleiben müssen, sondern den Leser, dank der geschilderten Gefühle des Autors, mit Haut und Haaren packen. „Der Leser will wissen, was die Geschichte mit dem Autor gemacht hat. Dessen Herz, seine Seele und sein Menschenbild sollen zum Vorschein kommen. Und hierzu bedarf es manchmal der Selbstüberwindung“, so Reichard.

Weitere Schwerpunkte des Seminars werden die Verfremdung zum Schutz von Persönlichkeitsrechten und die Recherche sein.

Die Schreibwerkstatt richtet sich an alle Schreibinteressierte! Vorkenntnisse sind nicht erforderlich!

Wer?

Reichard war mehrere Jahre Polizist in Hamburg-St.-Pauli und Leiter einer Spezialeinsatzgruppe des Landeskriminalamtes Hamburg. Er ermittelte unter anderem im St.-Pauli-Milieu gegen Korruption in den eigenen Reihen. Der Neustart in der Journaille begann für ihn 1984 mit einer Undercover-Aktion des „Stern“ über die Bhagwan-Sekte. Er berichtete aus Monaco über die „World Music Awards“, das Formel-1-Rennen in Monte Carlo und das Leben und Leiden der Fürstenfamilie. Er beschrieb für den „Playboy“ das Treffen eines Verdeckten Ermittlers des Bundeskriminalamtes mit arabischen Rauschgifthändlern.

Reichard recherchierte für „Stern“ und „Playboy“ in Costa Rica, Europa, Israel und den USA, portraitierte für das Frauenmagazin „Elle“ eine schwarze FBI-Agentin in Los Angeles und begleitete

tete für die „Brigitte“ eine Undercover-Beamtin eines SWAT-Teams in Miami Beach.

Für die ARD-Krimiserie „Peter Strohm“ schrieb er sein erstes Drehbuch. Seither hat er zahlreiche Drehbücher geschrieben. Seine journalistischen Arbeiten sind heute Fernsehreportagen und Dokumentationen, unter anderem über Natascha Kampusch, die er lange begleitete, oder über den Mordfall Jakob von Metzler.

Umfassende Infos zu Peter Reichard gibt es auf seiner Webseite www.peterreichard.de.

Details zum Programm, Teilnahmebedingungen und Anmeldeinformationen ergeben sich aus dem Seminarprogramm des IBZ Gimborn. Bitte Link nutzen:

http://polizei-poeten.de/news/pdf/Schreibseminar_Gimborn_2017.pdf

Jens Mayer und Volker Uhl



Wir bewegen Menschen – Die Polizei-Poeten





Spannungsfeld: Staat zwischen Sicherheitsinteressen und Grundwerten

Zu einer kurzweiligen Debatte über die Lage und Zukunft unseres Rechtsstaates hat sich Anfang September die Fachtagung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) unter dem Titel „Sicherheit, Staat & Grundwerte“ mit Referenten und Gästen aus Polizei, Nachrichtendiensten, Politik, Wissenschaft und Presse entwickelt. Bei dem mehrstündigen Treffen in Potsdam erörterten Experten aus ganz Deutschland ein breites Themenspektrum. Beispiel Versammlungsrecht: Wie hoch muss der von der Polizei betriebene rechtsstaatliche Aufwand sein, um die Grundrechte vieler gegenüber denen weniger zu bewahren? Ebenso wurde hinterfragt, ob die Parlamente und ihre Angehörigen stark genug sind, um den Staat zu kontrollieren? Zudem ging es um mögliche künftige Aufgabenstellungen der Nachrichtendienste in Zeiten sogenannter Fake News sowie Einschätzungen über die Lage der Meinungsfreiheit und die persönliche Datensicherheit vor dem vermeintlichen Hintergrund einer immer stärkeren staatlichen Speicherung individueller Merkmale.

Hitzige Datendebatten und das fahrlässige Verhindern von Verbrechen

Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow ist dem seit Jahren beste-

henden latenten Vorwurf einer Datensammelwut der Sicherheitsbehörden entschieden entgegen getreten. „Die Polizei befindet sich in Zeiten erhöhter Terrorgefahren in einem Dilemma. Einerseits sollen meine Kolleginnen und Kollegen rechtzeitig Terroristen und ihre geplanten Taten aufdecken,

andererseits erschweren noch immer inkompatible Informationssysteme in Bund und Ländern einen effizienten Austausch von Informationen und Erkenntnissen über mutmaßliche Anschlagsszenarien oder kriminelle Strukturen“, sagte er.

Die öffentliche Debatte beispielsweise über die automatisierte Gesichtserkennung und verstärkte Videoüberwachung auf Straßen, Plätzen und Bahnhöfen fokussiere immer stärker auf die Gewichtung der persönlichen Datensicherheit gegenüber einer vermeintlich zunehmenden staatlichen Speicherung individueller Merkmale. „Ich habe das Gefühl, dass das Verhindern von schweren Straftaten dadurch geradezu fahrlässig in den Hintergrund rückt“, betonte der GdP-Chef. Malchow stellte zudem fest, dass sich die Ermittlungsbehörden bei der Bekämpfung von Terrorismus oft in einem Spagat befänden, zwischen dem, was technisch möglich und verfassungsrechtlich erlaubt sei.



Vorgespräch: GdP-Chef Oliver Malchow (m.) im Gespräch mit Dietmar Schilff (l.) und Moderator Christoph Tiegel. Foto: Zielasko



STRAFRECHT

Fälle zum Strafrecht für Polizeibeamte

mit Lösungsskizzen, Musterlösungen und Bearbeitungshinweisen

Von **Barbara Blum, Frank Hofmann, Eva Kohler.**

1. Auflage 2015

Umfang: 296 Seiten / **Format:** Broschur, 16,5 x 24 cm

Preis: 24,90 € [D] / **ISBN 978-3-8011-0765-9**

Dieser Band stellt die strafrechtlich relevanten Studieninhalte fallbezogen dar. Dadurch erhalten die Studierenden konkrete Hilfestellungen, wie Klausuren im Gutachtenstil aufgebaut und formuliert werden. Im Rahmen des Selbststudiums können die Fälle zunächst selbst gelöst und anschließend mit der Musterlösung abgeglichen werden.

Zusammen mit den beiden VDP-Büchern „Strafrecht für Polizeibeamte“ Bd. 1 und Bd. 2 erhalten Studierende des Bachelor-Studienganges für den gehobenen Polizeidienst damit das Wissen zum Themenkomplex Strafrecht, welches für eine effektive Prüfungsvorbereitung und eine erfolgreiche Bewältigung des polizeiwissenschaftlichen Studiums notwendig ist.



DIE AUTOREN

Dr. Barbara Blum, Professorin für Straf- und Strafprozessrecht an der FHöV NRW, Studienort Bielefeld.

Dr. Frank Hofmann, Professor für Straf- und Strafprozessrecht an der FHöV NRW, Abteilung Münster.

Dr. Eva Kohler, Professorin für Straf- und Strafprozessrecht an der FHöV NRW, Studienort Dortmund.

Strafrecht für Polizeibeamte

Von **Holger Nimtz.**

Band 1: Grundlagen und Delikte gegen die Person

5. Auflage 2016

Umfang: 272 Seiten / **Format:** Broschur, 16,5 x 24 cm

Preis: 19,90 € [D] / **ISBN 978-3-8011-0782-6**

Band 2: Delikte gegen das Vermögen und gegen Gemeinschaftswerte

4. Auflage 2016

Umfang: 308 Seiten / **Format:** Broschur, 16,5 x 24 cm

Preis: 19,90 € [D] / **ISBN 978-3-8011-0783-3**



DER AUTOR

Dr. Holger Nimtz, Leitender Regierungsdirektor, Dozent für Straf-/Strafprozessrecht und Eingriffsrecht an der FHöV NRW, Leiter der Abteilung Köln.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de



Massive Gewalt ohne jede Rücksicht auf Leib und Leben der Polizisten

Malchows Stellvertreter, der niedersächsische GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff, wies auf persönliche Eindrücke von der „Gewaltexplosion beim Hamburger G20-Einsatz“ hin. „Was ich dort sah, hat mich zutiefst nachdenklich gestimmt. Da wurde Gewalt eingesetzt, ohne jede Rücksicht auf Leib und Leben unserer eingesetzten Kolleginnen und Kollegen. Die Frage bleibt, wie reagieren wir darauf: Mit Verboten, mit mehr Technik, mit erweiterten Befugnissen?“, warf Schilff, im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand zuständig für polizeiliche Grundsatzangelegenheiten sowie Rechtspolitik, gleich zu Beginn der Tagung auf.

Der GdP-Vize stellte fest: „Offensichtlich haben wir einen größeren Teil in unserer Gesellschaft, vor allen an jungen Leuten, der bei passender Gelegenheit zu hemmungsloser Gewalt gegen Menschen und Sachen neigt. Da wird Gewalt eingesetzt ohne jede Rücksicht auf Leib und Leben unserer Kolleginnen und Kollegen. Die Frage bleibt, wie reagieren wir darauf? Verboten wir beispielsweise solche Demonstrationen oder installieren wir überall Kameras mit Gesichtserkennung, um Straftäter noch besser zu überführen?“ Er könne jedenfalls verstehen, wenn die Kolleginnen und Kollegen und natürlich auch die von hemmungsloser Gewalt betroffenen Anwohner und Geschäftsleute sagten, der Staat müsse mit aller Härte die Oberhand über diese Kriminellen gewinnen.

Eingriffe in Freiheitsrechte grundrechtsschonend gestalten

Der Berliner Polizeirechtsexperte Professor Michael Knappe widmete sich dem Thema „Welche Aufgabe hat die Polizei der Zukunft im Spannungsfeld von Verbrechenverhütung und Wahrung der Bürgerrechte?“. Die Polizei schütze auf der einen Seite die Bürgerrechte, sagte der langjährige Polizist, müsse aber auf der anderen Seite in verfassungsrechtlich verbürgte Grund- und Menschenrechte eingreifen, um die innere Sicherheit hierzulande aufrechtzuerhalten. Knappe betonte, „die



GdP-Vize Dietmar Schilff bei seinem Eingangsstatement.

Polizeien des Bundes und der Länder stehen vor einer ihrer größten Herausforderungen durch Terrorakte des IS, wenn es darum geht, diese zu verhüten und Eingriffe in Freiheitsrechte grundrechtsschonend zu gestalten.“

Polizei- und Ordnungsrecht ist angewandtes Verfassungsrecht

Die vorbeugende Kontrolle löse sich von der konkreten Gefahr und vom konkreten Anfangsverdacht, „denn sie reicht weit in das Vorfeld der Entstehung abstrakter und konkreter Gefahren hinein“. Das Polizei- und Ordnungsrecht sei angewandtes Verfassungsrecht, die Strafprozessordnung ein Seismograf der Staatsverfassung, erklärte der langjährige Polizeidozent und fügte hinzu: „Prävention vor Repression, insbesondere bei echter Güter- und Pflichtenkollision.“ Die innere Sicherheit sei, so Knappe weiter, weit



Polizeixperte Prof. Michael Knappe über den grundrechtsschonenden Eingriff in Bürgerrechte.

mehr als nur die Summe jener Rechtsgüter, die zum zentralen Schutzgut des allgemeinen Polizei- und Ordnungsrechts, der öffentlichen Sicherheit, gerechnet würden.

Politikberatung und öffentliche Aufklärung

Der Leiter des Berliner Verfassungsschutzes, Bernd Palenda, gab einen Einblick in die Aufgaben seiner Behörde in der heutigen Zeit. Es gehe um Politikberatung und öffentliche Aufklärung, sagte er. Es gehe um Risiken und Gefahrenpotenziale, auf die aufmerksam gemacht werde, wie es bei einem Rauchmelder das Piepen sei.



Berlins Verfassungsschutzchef Bernd Palenda: „Der ‚Feuerlöscher‘ ist in der Regel die Polizei.“
Fotos (3): Zielasko

Der „Feuerlöscher“ sei in der Regel die Polizei. Als Beispiel nannte Palenda die sogenannten Reichsbürger, die viel gefährlicher seien, als sie zunächst eingeschätzt worden seien.

Zusammenfassend könne festgestellt werden, so der Verfassungsschutzchef der Hauptstadt, „vorausschauend und mutig heikle Themen angehend sind wir als Dienstleister für Politik und Öffentlichkeit da, denen unser Wissen helfen soll, drohende Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung frühzeitig und richtig einschätzen und abwehren zu können.“

Palenda verwies auf die Trennung zwischen Polizei und Nachrichtendiensten. Die Politikberatung sei keine neue Aufgabe, nur über viele Jahrzehnte nicht richtig gesehen worden. Es gebe auch keine Konkurrenz zwischen Staatsschutz und Verfassungsschutz, versicherte er.

Nicht von allem und jedem Angst machen lassen

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Ka-





Der SPD-Politiker Dr. Karamba Diaby: „Das Vertrauen der Bürger in die Polizei wird durch Transparenz und maßvolle Kontrolle von Polizeihandeln verstärkt.“

Foto: Zielasko

ramba Diaby sprach über das verfassungsgemäße Recht, nicht nur Gesetze zu verabschieden, sondern auch die Exekutive und damit die Polizei zu kontrollieren. Die Gewährleistung von innerer Sicherheit obliege zuvorderst der Polizei, aber auch allen staatlichen und kommunalen Institutionen.

Der SPD-Politiker stellte klar: „Das staatliche Gewaltmonopol wird ausschließlich von der Polizei gewahrt. Menschen selbst können die Sicher-

heitsproduktion unterstützen, indem sie sich nicht von allem und jedem Angst machen lassen. Dazu gehört etwa ein sensibler Umgang mit Horrornachrichten und Gerüchten, die in sozialen Netzwerken gestreut werden.“

Das Vertrauen der Bürger in die Polizei werde durch Transparenz und maßvolle Kontrolle von Polizeihandeln verstärkt, erklärte Diaby. Der Politiker betonte: „Die einseitige Forderung nach Gesetzesverschärfungen oder gar einem ‚Feindstrafrecht‘ ist kontraproduktiv.“

Die heutige Bundesrepublik sei vielfältig und plural. Der polizeiliche Umgang mit Angehörigen von Minderheiten, ob ethnisch, sprachlich, sexuell oder religiös, bedürfe der besonderen Sensibilität. „Dies muss in der polizeilichen Aus- und Weiterbildung verstärkt Thema sein. Polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit sollte missverständliche interne Begrifflichkeiten vermeiden“, unterstrich der Bundestagsabgeordnete.

Wie viel Sicherheit braucht die Gesellschaft

In einer abschließenden Talkrunde kritisierte GdP-Chef Malchow die

jahrelange Negierung des Themas Innere Sicherheit durch die Politik. „Wir wissen schon lange, dass die Bürger diesem Thema große Bedeutung beimessen. Deshalb sind wir als GdP jetzt schon erfreut, dass die innere Sicherheit auch im Bundestagswahlkampf eine Rolle spielt“, sagte der Kriminaloberrat.

Der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Prof. Dr. Hermann Parzinger, bezeichnete in der Diskussion die innere Sicherheit als ein wichtiges Thema der Gesellschaft. Er fühle sich persönlich zwar nicht unsicherer als in den 1980er-Jahren, sagte er und betonte, Deutschland sei nach wie vor eines der sichersten Länder der Welt. Jedoch gebe es neue Probleme in Terrorismuszeiten. Das Handeln dieser Menschen sei wenig kalkulierbar.

Parzinger fühlt sich durch die Zuwanderung nicht bedroht, sondern sehe Menschen mit ausländischen Wurzeln als große Herausforderung für dieses Land. „Gerade die Museen haben eine große Aufgabe beim Aufklären über fremde Kulturen“, sagte er. Man könnte in diesem Zusammenhang sagen: „Der Islam gehört zur Museumsinsel in Berlin.“

Die freie Journalistin Mareike Nieberding (schreibt unter anderem für das „ZEITmagazin Online“, für „Neon“ und die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“) verwies darauf, dass es bei der Betrachtung der inneren Sicherheit wichtig sei, wann, wo und mit wem man unterwegs sei. Es sei ein Unterschied, ob sie nachts mit dem Fahrrad durch ihr kleines Dorf fahre oder mit Freunden, die einen Migrationshintergrund haben, in Paserow in Mecklenburg-Vorpommern in der Öffentlichkeit sich aufhalte, sagte Nieberding, die kurz nach der Wahl von Donald Trump im vergangenen Dezember auf Facebook die Jugendbewegung für Demokratie Demo gegründet hat. mzo/wsd



„Der Islam gehört zur Berliner Museumsinsel“, sagte der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Prof. Dr. Hermann Parzinger (m.) in der abschließenden Talkrunde mit der Journalistin Mareike Nieberding und dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow.

Foto: Zielasko



Deutschland und der Linksterrorismus: Gedanken anlässlich 40 Jahre „Deutscher Herbst“

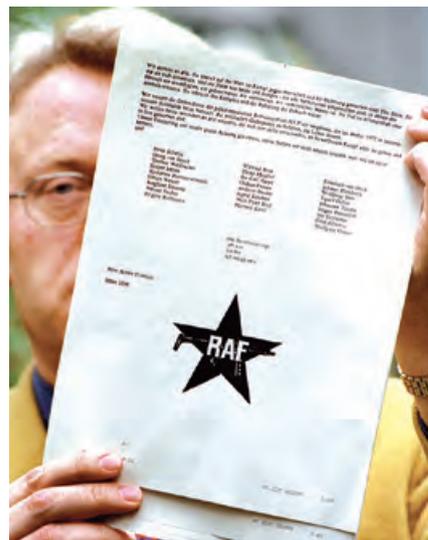
Von Prof. Dr. Dorothee Dienstbühl

Lange schon ist die Rote Armee Fraktion (RAF) Geschichte, und doch ist ihr Bann ungebrochen. Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass einige Rätsel und vor allem Morde bis heute nicht aufgeklärt werden konnten. Es hängt aber auch mit einer erschreckenden Faszination zusammen, wie es einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Terroristen gelingen konnte, die ganze Republik in Atem zu halten. Auch in der links-extremen Szene zeigt sich der Sprachstil der RAF bis heute, ebenso die Ikonisierung der zu einer Avantgarde verkörperten Personen, denen Popularität ohne Sprengstoff, Mord und Raub wohl kaum gelungen wäre.

Es waren vor allem die 1970er-Jahre, in denen Deutschland vom linken Terrorismus beherrscht wurde. Tatsächlich entwickelten sich eben jene der sogenannten Dritten Generation in den 80ern weiter und professionalisierten sich. Es sind vor allem die Taten und Morde der Terroristen, die nach Andreas Baader und Gudrun Ensslin kamen, die bis heute nicht aufgeklärt werden konnten. In den 90er-Jahren marginalisierte sich ihre Bedeutung, dafür wurde Fremdenhass zu einer großen Gefahr, die vor Mord gegen wehrlose Menschen, zum Teil sogar Kindern, nicht Halt machte. Rassismus und Hitler-Kult erlebten eine düstere Renaissance in Deutschland. Unvergessen ist der Brandanschlag von Solingen im Mai 1993, dem fünf Menschen zum Opfer fielen. In den sogenannten Nuller-Jahren, mit den

Anschlägen vom 11. September 2001, wurde das Zeitalter des islamistischen Terrorismus eingeläutet.

Seit einigen Jahren kann man solche Trends im Extremismus und Terrorismus kaum noch ausmachen: In Zeiten der Flüchtlingskrise wird rechtsextremes Gedankengut befeuert, zugrunde liegende Ängste durch tägliche Meldungen scheinbar bestätigt; das Phänomen Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) ist bis heute noch nicht restlos aufgeklärt und lastet schwer auf dem Rechtsstaat. Nach fünf islamistischen Terroranschlägen in Deutschland im vergangenen Jahr, ist die Gefährdung längst kein Problem mehr, das „nur woanders“ stattfindet, da die Bundesrepublik doch vor allem ein Rückzugsraum sei. Der Terror ist längst angekommen. Und während Linksextremismus noch viel zu häufig



Das Bundeskriminalamt bestätigte Mitte April 1998 die Echtheit des Auflösungs-schreibens der Rote Armee Fraktion.

Foto: Ute Rademacher/dpa

mit Nachsicht behandelt wird, sprechen Mordaufrufe, Gewalt gegen Polizeibeamte und Brandanschläge eine andere Sprache. Der G20-Gipfel Hamburg war ein angekündigtes Festival brutaler Eskalation. Und die fanatische Ideologie findet selbst für die schlichtweg kriminelle Plünderung von Su-

Anzeige



Habichtswald-Klinik, Wigandstraße 1, 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe

Habichtswald-Klinik
Klinik für Ganzheitsmedizin und Naturheilkunde
Psychosomatik · Innere Medizin · Onkologie

**Vielfalt ist unsere Einzigartigkeit.
Erfahrung unsere Stärke.**

Seit über 20 Jahren kombinieren wir aktuelle und bewährte Therapieverfahren der Psychotherapie, der Schulmedizin, des Gesundheitssports und der Naturheilkunde zu einer Ganzheitsmedizin, die zum Ziel hat, Körper, Geist und Seele wieder in eine gesunde Balance zu bringen. So können eigene Fähigkeiten und Ressourcen wiederentdeckt, Selbstheilungskräfte frei entfaltet werden und zur Heilung beitragen.

Weitere Informationen zu unseren Spezialkonzepten z. B. bei Tinnitus, Depression, Burnout oder Angsterkrankungen erhalten Sie unter www.habichtswaldklinik.de oder gebührenfrei* unter 0800 890 11 00.

* aus dem deutschen Festnetz



DER POLIZEI

Dein Beruf in einzigartigen Bildern

Im großen GdP-Polizeikalender veröffentlichen wir jedes Jahr spannende und repräsentative Motive, künstlerisch aufgearbeitet aus allen Bereichen der Polizeiarbeit.

Ob aus dem Streifendienst oder der Bundespolizei, Wasserschutz oder Fliegerstaffel, Kripo oder Zoll – wir zeigen den Polizeiberuf in seiner gesamten Vielfalt.

Bildkalender 2018

- Bildmonatskalender mit zwölf künstlerischen Motiven aus dem Polizeibereich
- Wire-O-Bindung
- einzeln in Zellglasflasche verpackt
- 62,6 x 44,1 cm

230383



1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31

Dezember 2018



Gewerkschaft
der Polizei



Polizeikalendar 2018

Hier kommen DEINE Fotos zum Einsatz!

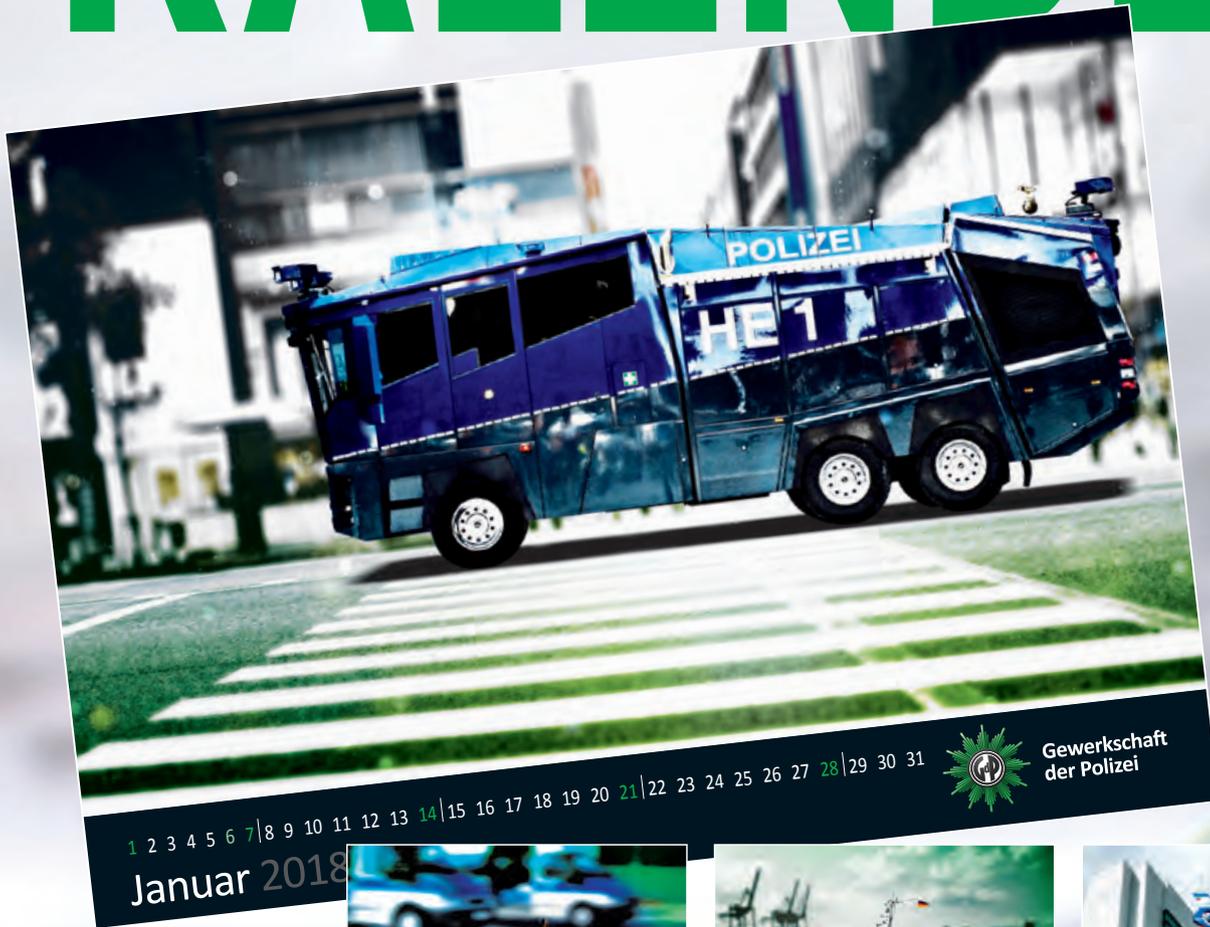
Du bist kein Profifotograf? Sehr gut. Wir suchen authentische Bilder deiner täglichen Arbeit. Die professionelle Aufarbeitung übernehmen anschließend wir. Wichtig ist nur eine ausreichende Ausgangsqualität.

Sende uns jetzt deine besten Fotos zu und mit etwas Glück werden sie Teil des nächsten GdP-Bildmonatskalenders. Alle Infos zur Teilnahme findest du unter www.osg-werbemittel.de/downloadcenter/ oder direkt über rechtsstehenden QR-Code.

9,95 € / 11,95 €



-KALENDER



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

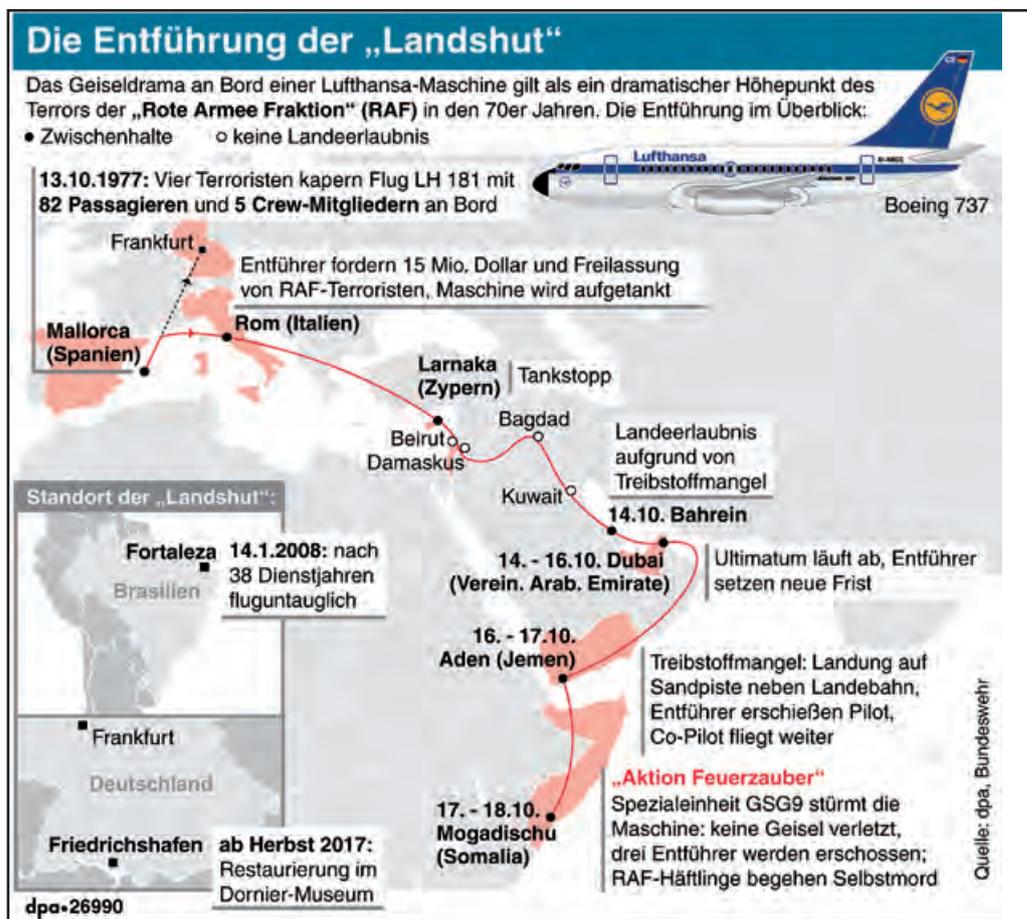
Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte findest du unter:

www.osg-werbemittel.de

permärkten und feigen Brandanschläge rechtfertigende Worte, die bei Vernehmen sprachlos machen. Es ist zum einen diese herablassende Arroganz und Ignoranz, für sich selbst alles an Rechten zu beanspruchen und sie anderen Menschen zu nehmen. Und gerade darin ähnelt sich der heutige Linksextremismus in frappierender Weise den pseudorevolutionären Lichtgestalten um Baader, Ensslin und der von ihnen zur Außenseiterin degradierten Ulrike Meinhof.

Utopie RAF

Die Gründung der Roten Armee Fraktion wird mit der Flucht Baaders aus der Haft und damit verbunden den Weg Ulrike Meinhofs in den Untergrund auf den 14. Mai 1970 datiert. Für diesen Tag hatte Baaders Anwalt Horst Mahler, heute längst im Rechts-Extremismus angekommen, die Ausführung in das Deutsche Zentralinstitut für Soziale Fragen beantragt, da Baader mit Meinhof angeblich ein Buchprojekt begonnen hätte. Mit Meinhofs und der Hilfe von Irene Goergens, Ingrid Schubert und einem nie identifizierten Mittäter konnte Baader fliehen, wobei der In-



Ablauf der Entführung der Lufthansamaschine „Landshut“. Das Flugzeug soll ab Herbst 2017 in Süddeutschland restauriert und zum Ausstellungstück werden. Foto: dpa-infografik GmbH

stitutsangestellte Georg Linke durch einen Schuss schwer verletzt wurde. Bereits dieser Akt zeigte den spontanen Charakter der ersten Generation der RAF: Sie planten nicht lange im Voraus, sondern verabschiedeten sich erst in die Illegalität und organisierten dann. Gerade Meinhof hätte nicht flüchten müssen, sie hätte bei ihrer Geschichte bleiben können. Immerhin hatte sie zwei kleine Töchter.

In der Illegalität bemerkten die Untergrund-Revolutioner schnell, dass gerade dieses Leben sehr kostenaufwendig ist. Zudem: Was wusste ein ab und an sich prügelnder, unsteter Baader, eine Promotionsstudentin Ensslin oder die links-schicke Journalistin Meinhof tatsächlich von strategischem Kampf und asymmetrischer Kriegsführung? Durch Kontakte von Meinhof und Mahler reisten die Untergetauchten in ein Ausbildungslager der palästinensischen Befreiungsorganisation Al-Fatah nach Jordanien. Dort wurden sie im Umgang mit Waffen und Sprengstoff geschult, ansonsten eckten sie dort eher an.

Nach ihrer Rückkehr verübte die Gruppe Straftaten aus der Notwendigkeit terroristischer Beschaffungskriminalität heraus. Am 29. September 1970 überfielen sie drei verschiedene Banken gleichzeitig, mit einer Gesamtbeute von etwa 200.000 Mark. Derweil wuchs die Gruppe an, war jedoch immer noch damit beschäftigt, die Logistik für bevorstehende Aktionen wie die Beschaffung von Waffen, Autos, Wohnungen, Papieren und Geld zu bewältigen. Am 22. November 1970 brachen Meinhof und Komplizen ins Rathaus Langgöns bei Gießen ein, um Blankopapiere und Dienstsiegel zu stehlen. Im Jahr 1970 gehen 82 Autodiebstähle und einige Einbrüche auf das Konto der RAF. Am 15. Januar 1971 wurden wieder zwei Banken überfallen, Gesamtbeute circa 110.000 Mark. Die Überfälle wurden von den Kriminellen selbst als revolutionäre Tat gefeiert, nunmehr auch unter dem Namen Rote Armee Fraktion mit Emblem (Stern mit der Heckler & Koch MP 5). Meinhof: „Er ist logistisch richtig, weil

Anzeige

THOMAS BROCKHAUS

Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich.

Informieren Sie sich!

Telefon: (02207) 76 77

www.fahrzeugkauf.com



anders das Finanzierungsproblem gar nicht zu lösen ist. Er ist politisch richtig, weil er eine Enteignungsaktion ist. Er ist taktisch richtig, weil er eine proletarische Aktion ist. Er ist strategisch richtig, weil er der Finanzierung der Guerilla dient.“

Doch schließlich wird die RAF mit Anschlägen aktiv: Zwei erschossene Polizisten, fünf Bombenanschläge, die vier Menschen das Leben kosten und über 50 verletzt, sind die Bilanz der RAF, bis Baader, Jan-Carl Raspe, Holger Meins und nur wenig später Meinhof und Ensslin im Jahr 1972 verhaftet werden konnten.

Inhaftierung der Führungsriege: Propaganda und Mobbing

Wer dachte, mit der Verhaftung der RAF-Führungsriege 1972 sei die Zeit des Terrors überwunden, wurde rasch durch die „Mai-Offensive“ eines Besseren belehrt. Durch zwei Bombenattentate auf US-Army-Basen in Frankfurt (Main) und Heidelberg wurden vier Personen getötet, vor der Polizeidirektion Augsburg und vor dem Landeskriminalamt (LKA) München detonieren Bomben und verletzen 17 Menschen. In Hamburg zünden Terroristen zwei Sprengsätze im Springer Verlagshaus und verletzen 38 Menschen. Zudem nutzen vor allem Baader und Ensslin ihre Inhaftierung und den späteren Prozess zu Propaganda-Zwecken aus.

Auch Meinhof nutzt die Zeit in der Zelle. So schreibt sie über den Anschlag während der Olympischen Spiele 1972 in München durch die palästinensische Terrororganisation „Schwarzer September“ den Text „Schwarzer September in München – Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes“. Ihr Loblied des Mordes an neun israelischen Sportlern, als „gleichzeitig antiimperialistisch, antifaschistisch und internationalistisch“ führt vor allem in intellektuellen Sympathisantenkreisen der RAF zur Spaltung und Kritik.

Ensslin geht daraufhin auf Meinhof los – nicht wegen inhaltlicher Probleme mit ihren Aussagen, sondern weil die Schrift nicht von ihr autorisiert war. Tatsächlich begründet genau diese Schrift im Herbst 1977 den Antrieb der PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas), die RAF durch die Entführung der Lufthansamaschine Landshut „freipressen“ zu wollen. Meinhof nimmt mehr und mehr die



Oktober 1977: Hunderte von Schaulustigen am Bonner Bundeskanzleramt. Dort tagte der „Große Krisenstab“ über die Lage in den Entführungsfällen Schleyer und Lufthansa-Maschine.

Foto: Fritz Fischer/dpa

Rolle der gemobbten Außenseiterin ein. Insbesondere Ensslin greift sie und ihre Schriften regelmäßig an, beschuldigt sie, „das Messer im Rücken der RAF“ zu sein. Öffentlich wird sie noch immer als einer der Köpfe wahrgenommen, tatsächlich war sie das nie. In der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1976 erhängt Meinhof sich schließlich in ihrer Zelle. Ihr Tod wird vor allem von Baader und auch Raspe als Folge der Folter in der Haft durch den Staat geißelt, die linke Szene springt darauf an.

Brigitte Mohnhaupt bezieht zum Ende ihrer vier Jahre und acht Monate langen Haftzeit auf Wunsch Baaders die Zelle der verstorbenen Meinhof. Nach ihrer Haftentlassung am 8. Februar 1977 bestätigte Baader in einem aus dem Gefängnis geschmuggelten Dokument, „dass die Mohnhaupt jetzt 'ne Art Befehlsgewalt hat“; damit gilt sie als Chefin der zweiten Generation. Die Planungen zuvor wurden offen im gemeinsamen Flur der Haftanstalt getroffen. Der Staat wollte die querulatorischen Häftlinge mit solchen und weiteren Zugeständnissen von ihren „Staatsfolterkampagnen“ abbringen. So genossen Baader und Co. diverse Privilegien, die andere Häftlinge nicht hatten. Sie besaßen mehr Bücher und Zeitschriften, durften sich auf dem Flur frei bewegen, hatten eigene Plattenspieler, Baader eine eigene Plattensammlung. Dass es zu derart falschen Eindrücken kam, wie von dem franzö-

sischen Philosophen Jean-Paul Sartre empfunden, liegt an dem schlichten Verwechseln eines Besucherraums (zum Beispiel für Anwaltsbesuche) mit dem Schlafraum. Dieser Irrtum wurde von Baader nicht richtiggestellt, sondern bewusst geschürt, um den Mythos der Folter, wie eben durch einen Tag und Nacht brennende Neonröhre in einem kargen Raum ohne echte Schlaflegenheit, in die Medien zu bringen.

Folglich kursieren vor allem in Kreisen sozialrevolutionärer Sympathisanten Gerüchte von „Staats-“ und „Isolationsfolter“, wobei die Kontaktsperre unter den Inhaftierten erst noch kommen sollte. Die Foltervorwürfe manifestierten sich vor allem im Tod von Holger Meins, der den Anweisungen Baaders, den Hungerstreik konsequent weiter zu führen, mit seinem Tod Folge leistet. Er stirbt am 9. November 1974 an den Folgen der Nahrungsverweigerung. Das Bild des Toten und seines ausgezeherten Körpers geht um die Welt, die Linke steht hinter den Inhaftierten und fordert Behandlung nach Kriegsrecht.

Am 28. April 1977 werden Baader, Ensslin und Raspe nach 192 Verhandlungstagen im legendären Stammheim-Prozess zu lebenslanger Haft verurteilt. Das Jahr 1977 wird schließlich zum Höhepunkt dieses dunkel anmutenden Kapitels deutscher Nachkriegsgeschichte. Die RAF bezeichnete die Reihe der Attentate



GESCHICHTE

aus diesem Jahr als „Offensive 77“, auf die sich Mitglieder im Herbst 1976 in Jemen in einem Ausbildungslager vorbereitet haben. Es beginnt mit dem Attentat auf den Generalbundesanwalt Siegfried Buback am 7. April 1977 in Karlsruhe durch das „Kommando Ulrike Meinhof“. Buback, der seit 1. Mai 1974 das Amt des Generalbundesanwaltes begleitet, leitete den Prozess gegen die RAF-Terroristen. Er repräsentierte somit in den Augen der Fanatiker das verhasste System. Der Anschlag erfolgte während des vierten Hungerstreiks der inhaftierten RAF-Mitglieder durch zwei Personen, den 1980 für diese Tat verurteilten Knut Folkerts und vermutlich Christian Klar, auf dem Weg zum Bundesgerichtshof. Dabei wurden neben Buback auch sein Fahrer Wolfgang Göbel und der sie begleitende Polizeibeamte Georg Wurster getötet. Gemäß dem mittlerweile bekannten Stil der Terroristen wird in einem Bekenntschreiben die, so wörtlich, „Hinrichtung“ des Generalbundesanwaltes als „Akteur des Systems“, als gerechte Konsequenz begründet.

Am 30. Juli 1977 erreicht die Bürger der Bundesrepublik die nächste Schreckensnachricht. Die misslungene Entführung des Vorstandssprechers der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, endet mit dessen Tod. Ursprünglich sollte auf diesem Weg die Freilassung der

Inhaftierten Baader, Ensslin, Raspe und Möller erpresst werden. Die Entführung Pontos jedoch war gescheitert, die Täter Mohnhaupt, Klar, Peter Jürgen Boock und Susanne Albrecht, das Patenkind der Pontos, auf der Flucht.

Von den geplanten „Befreiungsaktionen“ wussten die Häftlinge, hatten sie die Grundzüge dieser Operation noch zuvor mit Mohnhaupt in Stammheim vereinbaren können. Die dort einsitzenden Terroristen traten Anfang August 1977 in einen erneuten Hungerstreik, um andere Haftbedingungen zu erzwingen, beenden ihn jedoch Anfang September wieder, weil vor allem Baader davon ausging, durch die Entführung einer politisch oder wirtschaftlich hochrangigen Person ausgetauscht werden zu können. Für eine eventuelle Ausreise durften die RAF-Mitglieder nicht geschwächt sein.

Letzter Akt der 1. Generation: Deutscher Herbst 1977

Am 5. September 1977 erfolgt die Entführung des Präsidenten des Arbeitgeberverbandes, Hanns-Martin Schleyer, in Köln. Um 17.29 Uhr stoppt das vierköpfige „Kommando Siegfried Hausner“ in Köln-Braunsfeld den Konvoi und eröffnet sofort das Feuer. Der Fahrer und drei Polizisten sterben im Kugelhagel, Schleyer wird aus dem

Wagen gezerrt und per VW-Bus zunächst in eine Hochhauswohnung in Erfstadt verschleppt. Was nun beginnt, sind die 44 Tage, die später als „Deutscher Herbst“ in die Nachkriegsgeschichte eingehen sollen. Einen Tag später, am 6. September, trifft eine Erklärung der RAF zur Entführung Schleyers ein. Darin wird der Austausch gegen elf inhaftierte Terroristen gefordert, darunter die Führungsriege Baader, Ensslin und Raspe. Wenn zuvor das Agieren der Bundesregierung aufgrund der noch nie da gewesenen Situation Unsicherheiten im Verfahren mit Terroristen offenbart hat, verschärfte sich nun der Ton. Kam man den Forderungen im Entführungsfall Peter Lorenz 1975 noch nach, änderte sich das bereits bei der gewaltsamen Geiselnahme in der Deutschen Botschaft in Stockholm. Nun beschloss der eigens gebildete Krisenstab in der konstituierenden Sitzung, nicht nachzugeben, sondern die Täter zu ergreifen und den Entführten zu befreien.

Bereits zwei Tage nach der Entführung am 7. September spielten die Terroristen der Behörde ein Video zu, auf dem Schleyer eine Erklärung verlesen und um seine Freilassung betteln muss. Die Bundesregierung verhängt daraufhin eine Nachrichtensperre und spricht diese Strategie mit den führenden Medienvertretern ab. Am 29. September 1977 beschließt

Reise & Erholung

Windstärke 10 in Cuxhaven
„Einfach mal raus aus dem Alltag“

- 2 Übernachtungen im Doppelzimmer inkl. Frühstücksbuffet
- 2 Abendessen als Menü oder in Buffetform
- Begrüßungscocktail in unserer Sky Sportsbar
- Freie Nutzung unseres Wellnessbereiches inkl. Bademantel
- Kostenfreies W-LAN

Unser Inklusivpreis für Angehörige der Polizei
249,- € f. 2 Personen
Buchen Sie unter dem Stichwort „Windstärke 10“

NORDSEE-HOTEL
DEICHGRAF

Hotel Deichgraf Cuxhaven
Nordfeldstr. 20 · 27476 Cuxhaven
0 47 21-40 50 · www.deichgraf.com

Franken bei Bamberg,
eigene Metzgerei, Waldreiche Gegend, Lift,
75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 188,- €,
Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41,
www.zur-sonne-urlaub.de

Action mit wasser-c-raft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyontour €/Person 120,-
Unterkunft über uns buchbar.
Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at



**SEI VORSICHTIG
UNTERWEGS**



**Wichtige Informationen
findest Du auf
www.PolizeiDeinPartner.de**

Bayerischer Wald, komf. FeWo v. Kollegen
ab 2 Pers., ab 35 €/Tag, 93485 Rimbach, Tel./Fax:
0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

www.Polizeifeste.de
Alle Polizeifeste auf einen Blick



der Bundestag im Eilverfahren das Kontaktsperre-Gesetz, das einen Tag später in Kraft tritt und nach dem in Gefahrensituationen Häftlinge aus der Terrorszene keinen Kontakt zu ihren Anwälten haben durften. Als unrechtmäßiger Eingriff in die Rechte von Gefangenen muss es später wieder zurückgenommen werden.

Die Maßnahme hatte den Hintergrund, dass immer wieder kleine Nachrichten zettel, sogenannte Kassiber, der RAF nach draußen geschmuggelt wurden. Die einzig logische Erklärung dafür bietet eine mehr als zwielichtige Rolle von Anwälten. Und zwar auch solchen, die später zu gewählten Vertretern des deutschen Volkes avancieren sollten.

Die strikte Haltung der Bundesregierung steht gegen die brutale Entschlossenheit der Terroristen. Am 13. Oktober wird die Lufthansamaschine „Landshut“ auf dem Flug von Mallorca nach Frankfurt von einer bis dahin im Westen bislang weitestgehend unbekanntem Organisation, der Popular Front for the Liberation of Palestine (PFLP), eine 1967 gegründete, links-panarabische Palästinenserorganisation, entführt und nach Aden umgeleitet. Das Kommando „Martyr Halimeh“ will den Druck auf die Bundesregierung erhöhen, um so die Freilassung der RAF-Häftlinge zu beschleunigen. Nachdem Pilot Jürgen Schumann in Aden von hinten erschossen wurde, geht der Flug weiter und führt schließlich nach Ostafrika auf den Flughafen der somalischen Hauptstadt Mogadishu. Während die Angst um das Schicksal der entführten Passagiere die Deutschen beschäftigt, verhandelt Hans-Jürgen „Ben“ Wischniewski mit dem somalischen Machthaber Siad Barré. Der stimmt der Stürmung der „Landshut“ durch eine deutsche Einheit zu. Dies wird dann auch der erste Einsatz der Antiterrorgruppe GSG 9, einem Spezialeinsatzkommando des damaligen Bundesgrenzschutzes. Um 0:05 Uhr mitteleuropäischer Zeit des 18. Oktober 1977 stürmen sie die Maschine in nur sieben Minuten und töten dabei drei von vier Terroristen.

Diese Nacht wird aber auch als „Todesnacht von Stammheim“ im Gedächtnis bleiben. In den frühen Morgenstunden gegen 7:45 Uhr werden nacheinander Jan-Carl Raspe und Andreas Baader in einer Blutlache mit Kopfschüssen aufgefunden; Baader ist bereits tot, Raspe stirbt bald darauf an seiner Verletzung. Gudrun Ensslin



40 Jahre nach der Schleyer-Entführung gedenkt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Köln der Opfer.
Foto: Oliver Berg/dpa

wird mit einem Stromkabel erhängt und Irmgard Möller mit vier Messerstichen in der Herzgegend gefunden. Möller überlebt als einzige. Sie wird später behaupten, sich an nichts mehr erinnern zu können, sie habe jedoch nie ein Messer gegen sich gerichtet.

Nach der erfolgreichen Stürmung der „Landshut“ und dem Selbstmord der RAF-Häftlinge, geht am 19. Oktober im Büro der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in Stuttgart die Meldung der RAF ein, dass sie „Schleiers klägliche und korrupte Existenz“ beendet habe und wo sich seine Leiche befinde, die nun von Kanzler Schmidt abgeholt werden könne.

Retrospektive Betrachtungen und unbeantwortete Fragen

Bundeskanzler Helmut Schmidt räumte in seiner Rede am 20. Oktober 1977 im Bundestag ein, dass sich die Regierung nicht immer sicher war, welche Strategie sie wählen sollte, und ob diese Wahl dann auch die richtige war. Erkenntnisse über Pannen und Fehler, die noch enorme Ausmaße annehmen sollten, stellten viele der getroffenen Entscheidungen immer wieder in Frage.

Diese Zeit war geprägt von der Unsicherheit im Umgang mit Terroristen, neuen Methoden zur Kriminalitätsbekämpfung, verfassungsrechtlichen Abwägungen und der öffentlichen

Kommunikation. Alles geschah in Gegenwart der aufmerksamen Öffentlichkeit. Noch heute sind es vor allem die Bilder von den mit Kugeln durchsiebten Autos, Fahndungsplakate der ersten Generation der RAF oder der entführte Hanns Martin Schleyer mit dem Schild „Gefangener der RAF“ – Aufnahmen, welche die 1970er-Jahre als das vom Terrorismus geprägte Jahrzehnt wieder aufleben lassen.

Die RAF griff in den Alltag zahlreicher deutscher Bürger ein, Polizisten mit Maschinenpistolen im Anschlag auf den Straßen prägten das Bild des Deutschen Herbstes. Diese öffentliche Präsenz war es auch, die ihnen Macht gab und den Einfluss, noch aus dem Gefängnis heraus Tatsachen zu verfälschen, diesen Grad der Popularität zu erreichen. Denn während die RAF noch heute aufgrund der Personen im Vordergrund steht, bleibt die „Bewegung 2. Juni“ die erfolgreichere Terrorgruppe.

Offiziell geht die Geschichte der RAF bis 25. April 1998. An diesem Tag verkünden unbekannte Mitglieder im Internet lapidar das „Projekt“ für beendet. Doch ganz so ist es nicht, dafür sind noch zu viele Fragen offen und tatsächlich noch drei flüchtige Terroristen im gehobenen Alter mit Überfällen aktiv.

Alle Bestrebungen zur Aufklärung der ungeklärten Fragen scheitern in drei Fällen: Erstens stehen nach wie vor die Täter nicht fest, die zum Bei-



GESCHICHTE

spiel die tödlichen Schüsse auf Andreas Baron von Mirbach, Hanns-Martin Schleyer oder Siegfried Buback abgegeben haben. Die Terroristen haben stets ihr Schweigen darüber gewahrt, sei es, aus Angst vor weiteren Strafverfahren (was an sich allerdings weniger zu vermuten ist) oder um den Mythos RAF am Leben zu halten. Dies gilt ebenso für die Morde der sogenannten dritten Generation, beispielsweise am Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, der im November 1989 durch ein Sprengstoffattentat ums Leben kam.

Ungeklärte Morde lassen Raum für Spekulationen und fantastische Theorien von einer staatlich konstruierten Generation, die es niemals gegeben habe, bis hin zu Spionage-Vorwürfen. Zweitens bleibt die Todesnacht von Stammheim ein ewiges Mysterium. Wie die Gefangenen Baader und Raspe an Pistolen kamen, ist noch heute offiziell ungeklärt. Zwar gibt es viele Ansätze und logische Schlussfolgerungen, jedoch bleibt das Wie in dieser Angelegenheit unklar. Im Endeffekt setzen sich zwei gegensätzliche Theorien durch, die dritte Personen belasten: Zum einen nährt der Umstand von Waffen in den Zellen der Häftlinge das Gerücht des Staatsmordes an ihren Feinden. Zum anderen bleibt die Theorie der Mithilfe durch die

„Linksanwälte“. Zudem stellt sich noch immer die Frage, wie es zum RAF-Terrorismus überhaupt kommen konnte. Alle Ansätze und dargebotenen Antworten erscheinen stets unvollständig, nicht bis ins Detail schlüssig oder sind durch ihren Interpretations- und Auslegungsspielraum angreifbar. Niemand, offensichtlich selbst die Mitglieder von RAF und der „Bewegung 2. Juni“ nicht, scheinen in der Lage zu sein, die Frage: „Wie konnte es zum Deutschen Herbst kommen?“ mit einem Satz trefflich beantworten zu können. Auch dies ist als „Wahnsinn einer Zeit“ zu verstehen, da es sich einem beschreibenden Verständnis des Menschen zu enthalten vermag.

Die Anziehung, die noch heute durch dieses Phänomen ausgeübt wird, bedingt sich nicht wenig durch seine ungeklärten Fragen. Sie sind der Antrieb des menschlichen Ehrgeizes, gesellschaftliche Vorgänge verstehen zu wollen. Besonders zum „Geburts-tag“ einer solch unvergessenen Zeit drängen all die ungeklärten Fragen wieder in den Vordergrund der einschlägigen Presse und der öffentlichen Auseinandersetzung.

damals und unter ihnen (verurteilte) Mörder wieder in die Gesellschaft eingliedern dürfen, ob sie nun Reue zeigten oder nicht, bleibt den Opfern und ihren Angehörigen, aber auch den Angehörigen der Terroristen, die ebenfalls für „ihre Sache“ starben, jede zweite Chance verwehrt.

Die Terroristen von damals eint mit den Linksextremen von heute doch eine ganze Menge. So verwenden sie noch immer gern die RAF-Rhetorik, den klein geschriebenen Imperativ, der an jede Hauswand passt. Doch das eigentliche und zentrale Element der RAF, das sie ihren Enkeln der schwarzen Blöcke, Autonomen und Rote Floras vermacht hat, ist ihre selbstgerechte Arroganz. Rechte für sich herauszunehmen, die man dem Gegenüber nicht billigt, beziehungsweise sogar abspricht. Die Arroganz, darüber zu entscheiden, wer überhaupt Grundrechte besitzt und wer nicht. Polizisten, die entmenslicht und angegriffen werden, Eigentum, das mutwillig zerstört wird – all das schöpft seine Rechtfertigung aus den Pamphleten der RAF. Wie gescheitert diese Fanatiker (Ensslin, Meinhof) und Populär-Terroristen (Baader) tatsächlich waren, lässt sich beim Gewaltexzess ganz gut verdrängen. Das funktioniert noch heute, und dies nicht nur im Linksextremismus.

Dem Spuk (k)ein Ende

Während sich die Terroristen von

Kapitalmarkt

<p>Beamten Darlehen 10.000 € - 120.000 €</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Vorteilszins für den öffentl. Dienst ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken ■ Baufinanzierungen echt günstig <p style="font-size: 1.2em; font-weight: bold;">0800 - 1000 500</p> <p>Free Call Wer vergleicht, kommt zu uns. Seit über 40 Jahren.</p>	<p>Deutschlands günstiger Autokredit</p> <p style="font-size: 1.5em; font-weight: bold;">2,77%</p> <p>effektiver Jahreszins 5.000 € bis 50.000 € Laufzeit 48 bis 120 Monate</p> <p>Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €</p> <p>www.Autokredit.center</p>	<p>AK FINANZ</p> <p>Kapitalvermittlungs-GmbH E3, 11 Planken 68159 Mannheim Tel.: 06221-178180-0 Info@AK-Finanz.de</p>	<p>Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker</p> <p>Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldentrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.</p>
--	--	---	--

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.

Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

IFS Hans-Joachim Janke
Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 14 51 45

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.

Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamten Darlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif-☎0800-33 10 332
Andreas Wendholt • Kapital- & Anlagevermittlung • Präl.-Höing-Str. 19 • 46325 Borken



JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps auf dem **Präventionsportal** der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI
DEIN PARTNER

Gewerkschaft der Polizei
Das Präventionsportal

KREDIT

bis € 80.000,-

PECUNIA GmbH seit 1980

ohne Auskunft bis € 15.000 – keine Bearbeitungsgebühr – Laufzeit bis 10 Jahre – auf Wunsch keine Restschuldversicherung – Bis zum 89. Lebensjahr

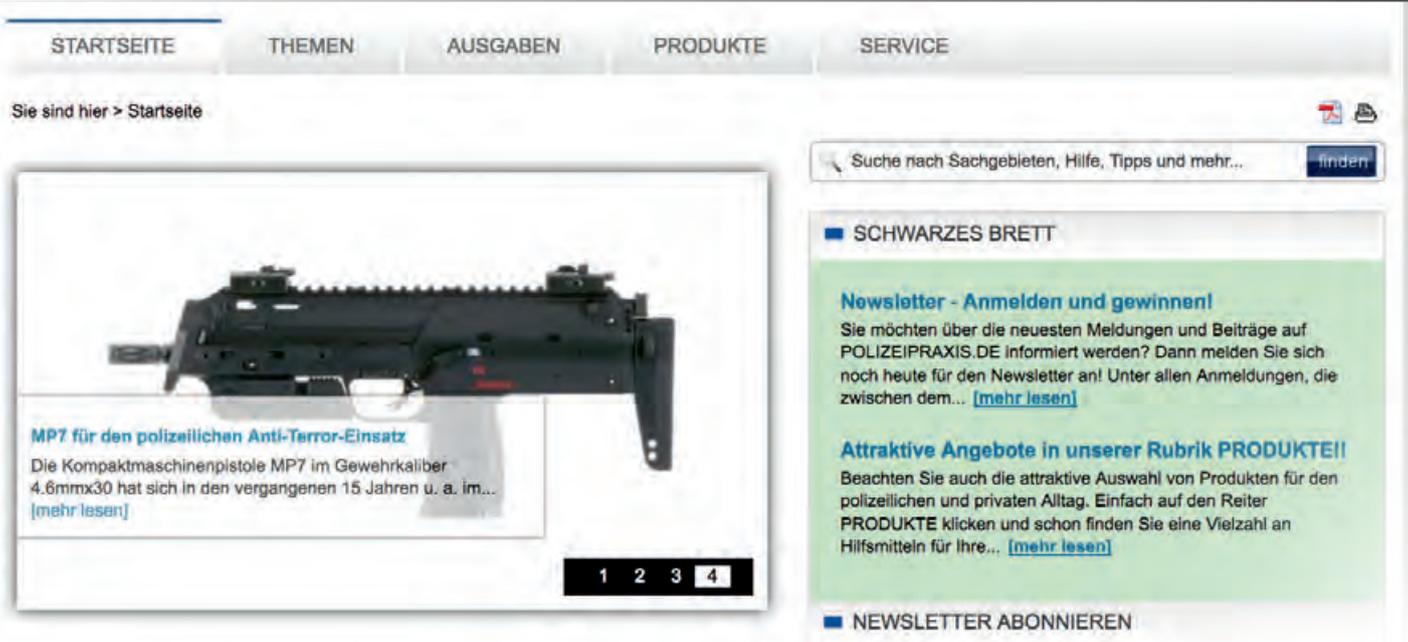
Tel. 02 01/22 13 48

45127 Essen • Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

www.Polizeifeste.de

Alle Polizeifeste auf einen Blick





Mit dem Multifunktionstuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an. Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!

*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.



WWW.POLIZEIPRAXIS.de

Unter allen Anmeldungen für unseren Newsletter, die vom 01.10. - 31.10.2017 erfolgen, verlosen wir **fünf POLIZEIPRAXIS MULTIFUNKTIONSTÜCHER!**

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



**SCHLIESS AB!
SICHER IST SICHER**

www.PolizeiDeinPartner.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

P**LIZEI**
DEIN PARTNER

Gewerkschaft der Polizei

Das Präventionsportal



JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps
hierzu auf dem **Präventionsportal**
der Gewerkschaft der Polizei

Kohlenstoffmonoxid – die verkannte Gefahr

Von Michael Hartmann

Der Beruf des Polizeibeamten birgt in der heutigen Zeit zahllose Gefahren, die oftmals nicht vorherzusehen sind und aus heiterem Himmel über die Einsatzkräfte hereinbrechen. Fährt man zu einem Familienstreit, so kann dieser lediglich eine verbale Auseinandersetzung sein, die den Nachbarn zu laut ist, aber es kann genauso gut in einer Eskalation gegenüber den Einsatzkräften enden. Eine Situation, über deren Gefahren man im Einsatztraining schon oft sensibilisiert wurde. Ganz anders ist es, wenn der Auftrag für die Streife lautet: ein 82-jähriger, allein in seinem kleinen Einfamilienhaus lebender, aber noch sehr vitaler Herr, sei seit dem Vortag von den Nachbarn nicht mehr gesehen worden. Obwohl der Mann dafür bekannt sei, immer als Erster am Morgen den frisch gefallenen Schnee vom Gehweg zu schippen.

Die Streife fährt hin, sieht als Möglichkeit, dass der vermisste Herr vielleicht ohne Wissen der Nachbarn kurzfristig verweist sein könnte, gestürzt ist und sich in einer hilflosen Lage befindet oder vielleicht doch überraschend verstorben ist. Dementsprechend entspannt gehen die Kollegen an die Sache heran. Ähnliches hat man schließlich schon zimal gehabt.

Auf Klingeln wird der Streife nicht geöffnet. Nachdem man keine andere Möglichkeit gefunden hatte, ins Haus zu kommen und neue Informationen über den Verbleib des alten Mannes nicht vorlagen, holt man den Schlüsseldienst und lässt die Tür öffnen.

Plötzlicher Schwindel

Beim Absuchen der Räumlichkeiten wird die Tür zum Wohnzimmer geöffnet und der Mann vor laufendem Fernseher auf dem Sofa liegend tot aufgefunden.

Der Kollege, der zuerst das Wohnzimmer betreten hat, klagt plötzlich über Schwindel und sackt zusammen, der zweite Beamte sieht neben seinem bewusstlosen Kollegen noch eine leblose Katze ... Das ist das letzte, was er sieht. Dem hinterher gegangenen Schlüsseldienst-Mitarbeiter wird ebenfalls schlecht. Er kann sich aber noch in Richtung Haustür schleppen, dann bricht er auch bewusstlos zusammen.

Raus, Raus!

Nachdem die Streife nicht mehr antwortet, wird eine zweite geschickt, die gemeinsam mit dem ebenfalls alarmierten Rettungsdienst das Haus

durch die nur angelehnte Haustür betritt.

Unvermittelt beginnt ein Sanitäter, der in Richtung Wohnzimmer gegangen war, aufgeregt zu rufen, dass man sofort das Haus verlassen müsse. „Raus, raus!“, schreit er und rennt umgehend nach draußen. Die zweite Streife reagiert zu ihrem Glück richtig und folgt sofort dem Sanitäter. Der zeigt den Kollegen ein kleines Gerät, auf dem 1000ppm/Overload angezeigt wird.

Alarm ausgelöst

Die Kollegen schauen den Sanitäter fragend an. Es handelt sich um ein

per million, 1.000 Teilchen CO auf 1.000.000 Teilchen Luft oder 0,1 Prozent CO-Gehalt in der Luft) befunden hatte. Aufgrund der Vorgeschichte, die die Streife dem Sanitäter erzählt hatte, reagierte dieser blitzschnell auf den Alarm seines kleinen Warngerätes, dessen Messbereich bei 1.000 ppm endet, und sich und den Kollegen somit das Leben gerettet hat.

Dank Frischluft überlebt

Die herbeigerufene Feuerwehr, die unter sogenannten Pressluftatmern das Haus betreten hatte, stellte mit ihren Gasmessgeräten eine Konzentration von immer noch rund 15.000 ppm im Wohnzimmer im Bereich der drei Leichen und der toten Katze fest. Der Schlüsseldienst-Mitarbeiter überlebt den Vorfall, da er durch die angelehnte Haustür Frischluft abbekommen hat und direkt durch die Sanitäter behandelt wurde.

Kamindefekt

Was war passiert? Der alte Mann hatte seinen Kaminofen angemacht und sich auf das Sofa gelegt, um fernzusehen. Da der Kamin einen Defekt hatte, der eine saubere Ver-

CO-Konzentration in der Luft	Inhalationszeit + toxische Symptomentwicklung
30 ppm/0,003 %	AGW-Wert für 8-stündige Arbeit
200 ppm/0,02 %	leichte Kopfschmerzen in 2–3 Stunden
400 ppm/0,04 %	Kopfschmerzen im Stirnbereich in 1–2 Stunden, breiten sich in 2,3 bis 3,5 Stunden im ganzen Kopf aus
800 ppm/0,08 %	Schwindel, Übelkeit + Gliederzucken in 45 Minuten, bewusstlos in 2 Stunden
1600 ppm/0,16 %	Schwindel, Übelkeit + Kopfschmerz in 20 Minuten, Tod in 2 Stunden
3200 ppm/0,32 %	Schwindel, Übelkeit + Kopfschmerz in 5–10 Minuten, Tod in 30 Minuten
6400 ppm/0,64 %	Schwindel + Kopfschmerz in 1–2 Minuten, Tod in 10–15 Minuten
12800 ppm/1,28 %	Tod in 1–3 Minuten
Quelle:	www.schornsteinfeger-innung-koblenz.de/bilder_rlp/files/co2.pdf CO-Vergiftung, Konzentration

CO-Warngerät (Kohlenstoffmonoxid), das zur Standardausrüstung bei den Rettungsdiensten gehöre, erklärt er. Es löste Alarm aus, da sich im Haus CO in einer Konzentration von mindestens 1.000 ppm (1.000ppm = 1.000 parts

brennung und den Abzug der Verbrennungsgase verhinderte, sammelte sich in der Raumluft nach und nach CO an, was letztlich den Tod des Mannes und der Katze verursachte.

Da im Laufe der Zeit in dem Raum



forum kriminal- prävention



www.forum-kriminalpraevention.de

Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention



Buchtipps
Neues aus der Wissenschaft
Gewalt an Schulen
Jugenddelinquenz
Erziehung und Pädagogik
Kommunale Prävention
Einbruchsprävention
Sicherheitsstechnik
Prävention in Europa
Evaluation

Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –
forum kriminalprävention für nur

19,-€
jährlich,
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr



Bestellen
Sie heute
Ihr Abonnement
**forum kriminal-
prävention** um besser

informiert zu sein.
Als Dankeschön für Ihre
Bestellung erhalten Sie diese
LED-Lampe für Ihren
Schlüsselbund, die Sie auf
jeden Fall behalten dürfen.
Weitere Informationen über
die Zeitschrift und die
Stiftung erhalten Sie auf
www.vdpolizei.de
(auch online-Bestellungen)

Name, Vorname

Firma, Abteilung

Straße/Hausnummer

Plz, Ort

Telefon/Telefax

E-Mail

Datum, Ort

1. Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Ort

2. Unterschrift



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a · 40721 Hilden

Telefon 0211 7104-188 · Telefax 0211 7104-4188

www.VDPolizei.de

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (März, Juni, September, Dezember). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalender-jahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abonnement-Jahres-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.

die von der Feuerwehr gemessene CO-Konzentration zunahm, war das Überlebensfenster der ersten vor Ort befindlichen Streife nur sehr kurz. Bei dieser Konzentration liege diese bei etwa ein bis zwei Minuten und: Aufgrund des fortgeschrittenen Alters der Kollegen kürzer, als bei jüngeren.

Was ist CO und warum ist es so gefährlich?

CO ist ein farb-, geschmack- und geruchloses Gas, das leichter als Luft ist und die Eigenschaft hat, auch durch Wände hindurch zu diffundieren. Im Freien ist es unproblematisch, in Räumen jedoch kann es sich schnell zu einer hochgefährlichen Konzentration ansammeln. Es entsteht bei jedem Verbrennungsprozess von kohlenstoffhaltigen festen Brennstoffen wie Holzkohle, Holz, Papier, Kunststoffen sowie bei anderen Brennstoffen wie Öl und Gas. Bei einer unzureichenden Sauerstoffzufuhr und entsprechend unvollständiger Verbrennung entstehen jedoch größere Mengen CO als unter optimalen Bedingungen.

Deswegen sind insbesondere der Betrieb von Grills, Öfen oder die immer mehr aufkommenden Heizpilze in geschlossenen, beziehungsweise schlecht belüfteten Räumen oder Defekte bei der Luftzu- oder -abfuhr von Heizgeräten so riskant. Auch ein unzureichend belüftetes Lager für Holzpellets, das mit minderwertigen oder nicht ordentlich getrockneten Pellets befüllt wird, kann die Gefahr einer CO-Vergiftung in sich bergen.

Für die Polizei kann das CO-Risiko auch in Shisha-Bars lauern. Dort wurden schon Konzentrationen von bis zu 1.000 ppm (vergleiche hierzu Tabelle Seite 35) gemessen, und es gab schon zahlreiche Vergiftungen von Shisha-Konsumenten und Mitarbeitern.

Suizid-Tipps aus dem Netz

Unglücklicherweise wird die CO-Vergiftung im Internet als schmerzfreie und einfache Methode empfohlen, aus dem Leben zu scheiden. Suizidenten verschließen einen Raum luftdicht und feuern dann einen Holzkohlegrill an ...

Die Tatsache, dass CO sich einen Weg durch Wände suchen kann, macht es so tückisch. So kann es passieren, dass Personen Symptome einer CO-Vergiftung haben, die Schadensstelle und Ursache für die Beschwerden,



Feuerwehrbeamte mit ersten Erkenntnissen an einem CO-Tatort die sie den Kollegen der Polizei erläutern.

Foto: rtn/peter wuest/dpa

jedoch so weit entfernt liegt, dass man dies zunächst nicht sofort bemerkt oder in entsprechenden Zusammenhang bringt. Dabei können insbesondere geringere Konzentrationen, denen man längere Zeit ausgesetzt ist, zu irreversiblen Gesundheitsschäden führen. Sehr hohe Konzentrationen können, wie bereits erwähnt, in kürzester Zeit zum Tod führen.

Zahlreiche Zwischenfälle

In den vergangenen Jahren gab es zahlreiche Un- und auch Todesfälle im Zusammenhang mit CO. Die Zahlen der durch CO Verstorbenen sind laut Statistischem Bundesamt kontinuierlich angestiegen. Von 2008 mit 286 Toten auf 594 im Jahr 2014.

Man muss jedoch im Vergleich zu anderen Ländern wie Österreich feststellen, dass der Anteil der nachgewiesenen CO-Toten an der Mortalität in Deutschland geringer ist. Ein Grund hierfür könnte darin liegen, dass in Österreich wesentlich mehr Obduktionen stattfinden.

Das kann ins Auge gehen

Sicher, man kann als Schutzmann nicht in vollem Atemschutz und voll

gepanzert durch die Gegend laufen, weil man sich vor allen Risiken absichern möchte, die auf einen lauern könnten. Man sollte jedoch versuchen, den Risiken, die eine relativ hohe Eintrittswahrscheinlichkeit haben und die mit kleinem Aufwand miniert werden können, mit den entsprechenden Maßnahmen zu begegnen.

Einige Bundesländer haben bereits reagiert und beschaffen CO-Warner für den Streifendienst. Wobei diese ja nicht als Mannausstattung notwendig sind, sondern je ein Gerät pro Streifenteam ausreicht.

Sensibilisieren reicht nicht

In manchen Bundesländern wird jedoch noch gerne die Devise ausgegeben: Sensibilisieren Sie die Mitarbeiter, die sollen halt gut aufpassen und die Fachdienste holen, wenn sie was merken. Wie das bei einem geruchlosen, unsichtbaren und für Menschen nicht wahrnehmbaren Gas enden kann ...

Entscheidungsträger sollten bei einer Beschaffung darauf achten, dass es sich um ein Gerät handelt, das nicht regelmäßig, alle vier Monate, kalibriert werden muss. Das wäre mit Kosten verbunden.



Tarifbeschäftigte bei der Polizei – in Bayern

Bayern hatte auch im vergangenen Jahr die niedrigste Kriminalitätsrate aller Bundesländer – obwohl die Zahl der Straftaten leicht gestiegen ist. Die sicherste Großstadt der Republik ist München.

Und: In Bayern wird es im Landtagswahljahr 2018 so viele Polizisten geben wie noch nie. Mit 500 neuen Stellen pro Jahr wächst die bayerische Polizei. Dieser Zuwachs ist nötig, diesen Freistaat – die Vorstufe zum Paradies, um unseren Ministerpräsidenten zu zitieren – in dieser Zeit des Terrors und der Gewalt zu schützen.

Diese Aufgabe erfüllen in erster Linie Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte, deren Ausbildung umfangreich, zeit-

benötigt die bayerische Polizei allerdings ausreichend Tarifbeschäftigte und vor allem höherwertige Stellen. Aber wieder einmal sah die Bayerische Staatsregierung auch in diesem Doppelhaushalt keinen Bedarf.

Zeitfresser Verwaltung

Vollzugsbeamte haben eine langjährige und teure Ausbildung hinter und die „Neuen“ natürlich noch vor sich. Sie können nicht einfach beim Arbeitsamt geordert und sofort eingesetzt werden. Tarifbeschäftigte stehen dagegen relativ schnell zur Verfügung.

Es sollte dafür gesorgt werden, dass es den Vollzugsbeamten möglich ist, auf der Straße für Sicherheit zu sorgen und sich auf ihre originären Aufgaben zu konzentrieren, anstatt

in den Amtsstuben von dem Zeitfresser Verwaltung übermannt zu werden. Erst wenn der Einsatz von Tarifbeschäftigten und Vollzugsbeamten bei der bayerischen Polizei optimiert wird, kann auch von einem echten und sinnvollen Rekord gesprochen werden.

Noch dazu wird das Können und Potenzial unserer Tarifbeschäftigten zu wenig genutzt und unterschätzt. Die viel zu geringe Eingruppierung lässt Sachbearbeitertätigkeiten einfach nicht zu.

Im vergangenen Jahr wurde erstmals erkannt, dass Tarifbeschäftigte im Bereich der Flüchtlingsbewältigung helfen können. Somit wurden 80 neue Stellen geschaffen, die allerdings nur bis zum 31. Dezember 2018 befristet wurden.

Aufgrund der hohen Einstellungszahlen im Vollzug in den nächsten Jahren ist es jedoch auch dringend notwendig, den Tarifbereich aufzustocken.

Seit Einführung von einheitlichen Definitionen wird der Begriff Tarifbeschäftigte in Bayern nicht mehr angewandt. Sie werden als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bezeichnet.

Karin Peintinger



Grafik: Karin Peintinger

intensiv und teuer ist. Obwohl Tarifbeschäftigte wertvolle und unverzichtbare Arbeit für die Polizei leisten und dem Polizeivollzugsdienst in vielen Fällen den Rücken freihalten, werden sie bei der Stellendiskussion meist außen vor gelassen.

Mehr Polizei verursacht mehr Verwaltungsarbeit

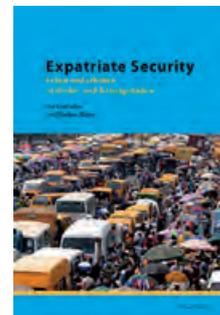
Der Dienst des Polizeivollzugsbeamten ist nicht mit der Streifenfahrt beendet. Straftaten, Ordnungswidrigkeiten, Ermittlungsarbeit und vieles mehr muss mit der EDV abgearbeitet werden. Die Zahl der bayerischen Beamtinnen und -beamten im Polizeibereich ist seit 2010 um circa zwölf Prozent gestiegen. Die Anzahl der Tarifbeschäftigten hat sich nahezu nicht verändert.

Diese Entwicklung ist doch sehr bedenklich. Immer noch werden Aufgaben und Tätigkeiten von Beamten übernommen, die von Tarifbeschäftigten genauso erfüllt werden können. Hierzu



Vorbereitet sein ist alles

Deutschland verfolgt seit Jahren die Strategie, seinen Anteil an der Lösung internationaler Konflikte durch die Entsendung von Bediensteten in das zivile Krisenmanagement zu leisten. Dazu zählt die Entsendung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten des Bundes und der Länder in eine wachsende Anzahl von Staaten rund um den Globus, um als „Peacemaker“ oder im Rahmen von Vorfeldstrategien zur Begrenzung der illegalen Migration, als Aufbauhelfer und Trainer oder als Berater der Verantwortung unseres Landes für die Lösung von Konflikten und die Stabilisierung von Ländern und Regionen zu leisten. Für die eingesetzten Mitarbeiter aus Polizei, Verwaltung und NGO's stellen sich dabei viele auch ganz praktische Lebensfragen, die nur zum Teil in den dienstlichen Vorbereitungskursen vermittelt werden können.



Dr. Markus Ritter, selbst in einer Vielzahl von polizeilichen Auslandseinsätzen in der Welt und unter verschiedenstem Kommando erfahren und gestählt, stellte mit seinem Buch „Expatriate Security – Leben und Arbeiten in Risiko- und Krisengebieten“ einen Leidfaden zusammen, der die praktischen Dinge in den Vordergrund rückt. Dieser sollte als Pflichtlektüre für zu entsendende Beschäftigte und solche, die sich für eine Interessenbekundung interessieren, gelten. Wie wähle ich meine Unterkunft aus? Was mache ich bei Demonstrationen vor meiner Unterkunft? Was ist eine gute psychische Vorbereitung auf ein Krisengebiet? Wie sind lokale Sicherheitskräfte einzuschätzen? Was sollte man über eine Notfallplanung wissen? Wie bewege ich mich mit Fahrzeugen im Land? Was tun bei einem Hinterhalt oder einer Straßensperre im Missionsgebiet? Welche Vermeidungstechniken sind erfolgversprechend?

Diese und viele andere Fragen beantwortet der Autor lebensnah, verständlich und kompetent. Der Leit-



faden vermittelt Kenntnisse, die eine gute Vorbereitung eines Auslandseinsatzes garantieren und handlungssicheres, anwendungsbereites Wissen vermitteln. Eine echte Empfehlung an alle, die im Rahmen des zivilen Krisenmanagements in Deutschlands Auftrag in gefährliche Regionen dieser Welt gehen und gut darauf vorbereitet sein wollen.

Sven Hüber

Expatriate Security – Leben und arbeiten in Risiko- und Krisengebieten, Markus Ritter, Verlag ProSecurity, 2015, 396 Seiten, 39,50 Euro, ISBN 978-3-9817455-0-4

Wie kann Deutschland seine Polizei vor Angriffen von Störern wirksam(er) schützen?

Angriffe gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sind – wie auch immer motiviert – leider nicht mehr die Ausnahme. Anders ausgedrückt: Gewalttätigkeiten gegen diese Beamtengruppe „sind an der Tagesordnung“. Das Spektrum reicht von verbalen Attacken bis zu Gewalttätigkeiten unter Einsatz von gefährlichen Gegenständen und Waffen verschiedenster Art. Diese Angriffe erfolgen im täglichen Dienst oder bei Sondereinsätzen beziehungsweise geschlossenen Einsätzen, beispielsweise gewalttätig verlaufende Demonstrationen, „Fußballterror“.

Die politisch Verantwortlichen sind deshalb in der Pflicht, alle legitimen Möglichkeiten anzubieten, um „unsere Polizei“ vor Angriffen jeglicher Art so wirksam wie möglich zu schützen. An entsprechender Ausrüstung/Ausstattung und an Aus- und Fortbildung (einschließlich Präventionsangebote) darf es nicht mangeln; in Fällen von gefährlichen Angriffen mit zum Teil schwersten Verletzungen ist Nachsorge anzubieten.

Dazu müssen aber in den Polizeihäushalten ausreichend Mittel zur Verfügung stehen. Die Personalstärken der Polizeien in den Ländern und im Bund sind zu hinterfragen. Das staatliche Gewaltmonopol beginnt zu bröckeln – ausgedünnte Personaldeckungen in den Polizeidienststellen gehen auch zu Lasten der Eigensicherung.

Seit Erscheinen der 1. Auflage bewegte sich Einiges, um Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im Dienst der Schutz- und Kriminalpolizei wirksamer zu schützen. Folglich sind neue Erkenntnisse in diese Schrift eingeflossen. Das gilt insbesondere für den Einsatz von Body-Cams, interaktiven Funkstreifenwagen, Spuckschutzmasken beziehungsweise -Hauben; aber auch Gesetzesinitiativen zum

besseren Schutz von Beamtinnen und Beamten, Entwicklung spezifischer Opferkategorien aus der polizeilichen Kriminalstatistik.

Wie kann Deutschland seine Polizei vor Angriffen von Störern wirksam(er) schützen? – Möglichkeiten, Grenzen und Forderungen, Ernst Hunsicker, GRIN Verlag, 2., überarbeitete & erweiterte Auflage 2016, 117 Seiten, 12,99 Euro, ISBN 9783656884286

Körperteile

Ich habe mit großem Interesse den Artikel über den polizeilichen Schusswaffengebrauch in Film und Fernsehen (DP 7/16) gelesen. Bevor ich nach einem Dienstunfall vorzeitig in den Ruhestand versetzt wurde, habe ich beinahe 30 Jahre in verschiedensten Funktionen des mittleren und gehobenen Polizeidienstes gearbeitet.

Es war mir schon immer ein Graus, wie wenig die in der Öffentlichkeit wahrgenommene „TV-Wirklichkeit“ mit der Realität vereinbar ist. In meinem Buch beschreibe ich die Arbeit der Schutzpolizei auf sehr abwechslungsreiche Weise. Mal spannend, mal traurig, lustig oder skurril – aber nie Effektiv, sondern emotional eindringlich. So zumindest sieht es die Presse.

Ich habe versucht, dem Leser einen sehr intimen Einblick in die polizeiliche Arbeit zu geben. Vor allem aber möchte ich darstellen, mit welchen Emotionen Polizisten, Opfer und auch die Ange-



forum

LESERMEINUNG

Zu: Mehrere Beiträge in DP 9/17

Ein paar Anmerkungen zur Septemberausgabe: In den Leserbriefen werden berechtigt Ungereimtheiten angesprochen, die leider die Wirklichkeit in den Ausgaben der DEUTSCHEN POLIZEI ansprechen. Ich muss feststellen, dass Parteien eine Plattform gegeben wird, die sich besonders hervortun, um gegen Polizei und Sicherheitsbehörden, Stimmung zu machen. Gerade die Grünen – deren Aushängeschild, Frau Roth, zusammen mit Gewalt-Terroristen der Antifa, hinter

Fortsetzung von Seite 2

einem Plakat herläuft – Deutschland du mieses Stück Scheiße – und die Linkspartei, die sich nicht von diesen Gewalthorden distanziert – Frau Kipping, die sich mehrfach weigert, gegen linke Gewalt, Stellung zu beziehen, können und dürfen keine Plattform geboten bekommen.

Interessant finde ich auch den Artikel über den massiven Protest gegen das AKW Grohnde. Es entsteht schnell der Eindruck, dass mit diesem Artikel die Verfehlungen der Politik und der Sicherheitsbehörden in Hamburg verharmlost und überspielt werden sollen.

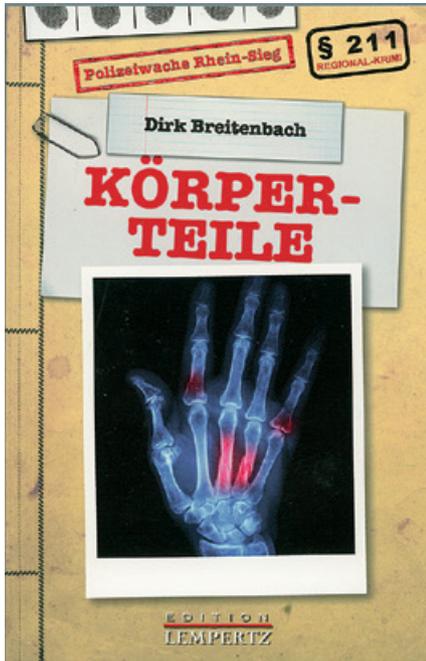
Des Weiteren sollte die GdP sich einmal vor Augen halten, ob eine weitere

Zugehörigkeit im DGB noch vertretbar ist, da sich andere dort integrierte Gewerkschaften – ver.di und IG Metall – besonders hervortun, wenn es zu Ausschreitungen kommt, bei denen Polizeibeamtinnen und -beamte verletzt werden.

Die Kommentare der Parteien CDU, SPD, Grüne, FDP (?), die Red.) und Linke zeigen doch deutlich auf, dass es sich um reine Wahlkampfwerbung handelt, da die Parteien in den einzelnen Bundesländern genau eine gegenenteilige Politik vertreten.

Ich hoffe, dass diese Zeilen, die Mitglieder der GdP zum Nachdenken anregen! **Gerd Splithoff, Alzenau**



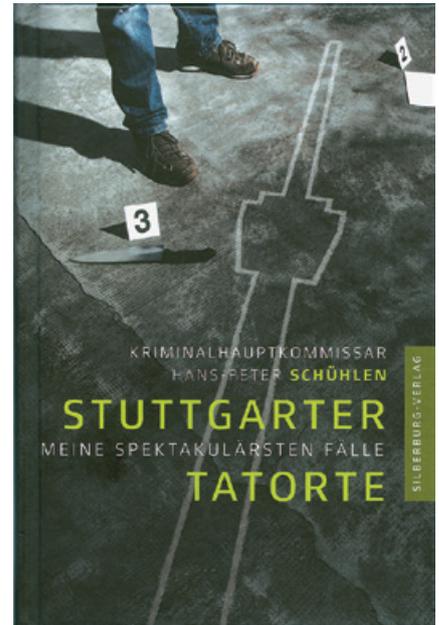


Stuttgarter Tatorte: Meine spektakulärsten Fälle

Die meisten kennen Mord und Totschlag nur aus Romanen und Fernsehkrimis. Mit der Realität hat das oft wenig zu tun. Ganz anders ist es bei Kriminalhauptkommissar Hans-Peter Schühlen, der über 40 Jahre bei der Kriminalpolizei Stuttgart an der Aufklärung unzähliger Tötungsdelikte und Brandstiftungen direkt beteiligt war. Mit dem Blick des Insiders, aber auch mit dem nötigen Feingefühl erzählt er von seinen spektakulärsten Fällen.

Darunter finden sich nicht nur extrem brutale Morde und Brandstiftungen mit teils katastrophalen Folgen, die während seiner Dienstzeit in der Landeshauptstadt verübt wurden. Als Zeitszeuge gewährt er auch einen unmittelbaren Einblick in die Geschehnisse im „Deutschen Herbst“ 1977. Authentisch beschreibt er den Alltag der Stuttgarter Mord- und Brandkommission und lässt dabei erkennen, in welchem emotionalen Spannungsfeld der Kriminalbeamte angesichts erschütterndster Eindrücke steht.

Gegen Ende seiner Karriere verdiente sich Kriminalhauptkommissar Schühlen den respektvollen Beinamen „der Katakombenkommissar“. Da Mord nicht verjährt, machte es sich der Ermittler zur Aufgabe, in den Tiefen der Asservatenkammern und in ver-



gilteten Akten sogenannte Cold cases – unaufgeklärte, aber seit Jahren ruhende Kriminalfälle – neu aufzurollen. Mit Hilfe moderner Untersuchungsmethoden konnte er jahrzehntealte Fälle aufklären.

Stuttgarter Tatorte, Meine spektakulärsten Fälle, Hans-Peter Schühlen, Silberburg-Verlag, 2017, 192 Seiten, gebunden, 19,90 Euro, ISBN 978-3-8425-2012-7

hören bei den Einsätzen umgehen müssen. **Dirk Breitenbach**

Weitere Informationen:
www.dirkbreitenbach.de
www.facebook.com/Dirk.Breitenbach
Lesewelt/
Körperteile, Dirk Breitenbach, Edition Lempertz, 2. Auflage, 2015, 206 Seiten, 9,99 Euro, ISBN 978-3-945-152-56-0



Deutsche Polizei

Nr. 10 • 66. Jahrgang 2017 •
Fachzeitschrift und Organ der
Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 0
Fax: (030) 39 99 21 - 200
Internet: www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/
Pressestelle**
Chefredakteur/Pressesprecher: Rüdiger Holecek (hol)
CvD: Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
**Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,
10555 Berlin**
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117
Fax: (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer



**Erscheinungsweise und
Bezugspreis:**
Monatlich 2,90 EURO
zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der
Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft
der Polizei**
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183
Fax (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdp.polizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017.

Bitte wenden Sie sich bei **Adressänderungen** nicht an den Verlag, sondern an Ihre Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- oder Bezirksteils in der Mitte des Heftes.



Druckauflage dieser Ausgabe:
182.978 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887

Titel

Foto: adpic

Gestaltung:
Rembert Stolzenfeld



EINGRIFFSRECHT NORDRHEIN-WESTFALEN

Polizeiliche Maßnahmen, Prüfungsschemata, Definitionen

Von **Holger Nimitz** und **Markus Thiel**.



1. Auflage 2017

Umfang: 448 Seiten

Format: 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 26,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0799-4

Dieses Lehrbuch enthält das gesamte prüfungsrelevante Eingriffsrecht für die polizeiliche Ausbildung und das polizeiwissenschaftliche Studium und orientiert sich im Wesentlichen an der Rechtslage in Nordrhein-Westfalen. Die Darstellung ist – nach allgemeinen Einführungen zum präventiven und zum repressiven Handlungsfeld der Polizei – nach eingriffsrechtlichen Maßnahmen gegliedert. Jede polizeiliche Maßnahme wird mit einem übersichtlichen Prüfungsschema samt den dazugehörigen Definitionen eingeleitet und um Beispielfälle ergänzt.

Somit kann eng an den jeweiligen Vorschriften gearbeitet werden, und der Leser lernt die polizeilichen Maßnahmen in einer Form, wie sie in Klausuren, aber auch in der Praxis geprüft werden.

Beschrieben werden die Standardmaßnahmen der StPO und des PolG NRW, aber auch Grundzüge des Versammlungs-, Waffen- und Straßenverkehrsrechts. Hinweise auf weiterführende Literatur und Leitentscheidungen ergänzen die einzelnen Abschnitte.

Die übersichtliche, gut lesbare Darstellung ermöglicht allen, die sich mit dem Eingriffsrecht und seinen Ermächtigungsnormen befassen, eine schnelle Einarbeitung in den Lernstoff und eine effektive Prüfungsvorbereitung. Die Gliederung nach den einzelnen Maßnahmen ermöglicht eine leichte Handhabung, sodass das Buch auch als Nachschlagewerk genutzt werden kann.



DIE AUTOREN

Dr. Holger Nimitz, Leitender Regierungsdirektor. Leiter der Abteilung Köln der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW (FHöV NRW). Dozent für Straf- und Strafprozessrecht sowie Eingriffsrecht an FHöV NRW.

Wolfgang Thiel, Erster Kriminalhauptkommissar. Dozent für Kriminaltechnik an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

POLIZEIBEAMTE ALS ZEUGEN VOR GERICHT

Zeugenrolle und Sachverständigenstatus

Von **Heiko Artkämper** und **Carola Jakobs**.



1. Auflage 2017

Umfang: 264 Seiten

Format: DIN A 5, Broschur

Preis: 19,99 € [D]

ISBN 978-3-8011-0788-8

VDP e book

Format: EPUB, Mobipocket

Preis: 14,99 € [D]

Polizeibeamte sind – wie andere Bürger auch – in die staatsbürgerlichen Zeugenpflichten eingebunden. Auch als Sachverständige treten sie vermehrt im Strafverfahren vor Gericht auf. In beiden Funktionen tragen sie eine entscheidende Verantwortung für den Ausgang des Verfahrens. In den polizeilichen Ermittlungsverfahren ist der Polizeibeamte dabei weitgehend selbstständiger Ermittler. In der Hauptverhandlung ist er Zeuge oder Sachverständiger, der Rechenschaft über seine Arbeit abzulegen hat und dessen Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit geprüft wird. Besonderes Augenmerk richtet die Verteidigung auf die Verwertbarkeit polizeilicher Vernehmungen und die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben. Die gesamte Arbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft wird in Frage gestellt und damit nach unzulässigen Maßnahmen gesucht, für die Beweisverwertungsverbote geltend gemacht werden können. Dies ist im Rechtsstaat so vorgesehen und drängt den Beamten nur scheinbar in eine Verteidigungsrolle.

In diesem Buch vermitteln die Autoren das erforderliche Wissen für Polizeibeamte, um vor Gericht die notwendige Handlungssicherheit zu erlangen. Gleichzeitig wollen sie das – oftmals unterschätzte – Verantwortungsbewusstsein des Polizeibeamten für seine Aufgaben in einem rechtsstaatlichen und fairen Strafprozess schärfen.



DIE AUTOREN

Dr. Heiko Artkämper, Staatsanwalt als Gruppenleiter bei der Staatsanwaltschaft Dortmund und Präsident der Deutschen Gesellschaft für Kriminalistik e.V.

Carola Jakobs, Oberstaatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft Dortmund.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de